

Der Steinarbeiter

(1914. 48. 40)

Der Steinarbeiter

Jahrg.: Jahr: Nr. nicht erschienen vergriffen

laut Karte:

Jahrg.: 17/19 Jahr: 1913/14 Titel & Inhaltsverzeichnis nicht erschienen

laut Mitteilung:

Deutsche Bucherei, Leipzig.

des der Steinarbeiter Deutschlands

Leipzig
Brauerei-Platz 14, Volkshaus
Telef. 107 206

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 40 Pfg. für eine einpaltige Zeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

den 4. Januar 1913.

17. Jahrgang.

und Dreijahreswohnungen und die Mieten zu ermitteln versucht und diesen Mieten gegenübergestellt. Wir erhalten folgende Mieten:

Nr.	Mietpreis in neuen Dreijahreswohnungen 1905 für			Einwohnerzahl
	1 Raum	2 Räume	3 Räume	
1	150	186	250	44 000
2	96	108	240	88 000
3	70	115	155	6 800
4	120	140	230	6 800
5	108	160	225	8 500
	60-70	120-130	165-180	

40 Pfg. pro Stunde in Frage. So stark müßte die Lohn-erhöhung der Arbeiter sein, um den Betrag zu erreichen, den der Hypothekengläubiger ohne Aufsehen in seine Tasche gleiten läßt. Die Lohnsteigerungen haben aber innerhalb der letzten zwanzig Jahre fast nirgends die Hälfte dieser Summe erreicht. Dabei hat eine gewaltige Steigerung der Arbeitsintensität stattgefunden, die fast eine Verdoppelung der Wohnungsentstehung bedeutet. Wenn trotzdem die Mieten geradezu unverändert geblieben sind, so sind die Erhöhungen sondern in der Bodenpreissteigerung und der Hypothekenzinsen zu suchen, wobei dahingestellt sein mag, inwieweit nebenher noch kommunale Abgaben und allerlei Stempelgebühren in Gestalt höherer Mieten abgewälzt wurden.

Gewerkschaftliche Konzentration

Die Konzentrationsbewegung bei den deutschen Gewerkschaften ist seit Dr. Alexander Bende eine kleine interessante Erscheinung. In Karl Seymanns Verlag erschienen ist: „Die Gewerkschaften in Deutschland“, dem Verfasser der übrigen den Gewerkschaften gewidmeten Bücher gegenübersteht, in recht wirksamer Weise gegen die gewerkschaftlichen Versuche, durch Untergrabung des Koalitionsrechts die Gewerkschaften zu zertrümmern. Er zeigt, wie die in den Gewerkschaften sich vollziehenden Umformungen zwingend, aus der individuellen Entwicklung geborene Notwendigkeiten sind. In der Tat liegt auch der Beweis, daß die Gewerkschaften in ihrer heutigen Betätigung keine willkürlichen Gebilde darstellen, sondern vielmehr Begleiterscheinungen des Kapitalismus sind. Jeder Versuch, sie zu vernichten, muß, wie der Verfasser ganz richtig bemerkt, und zurecht auf den Wirtschaftsorganismen zurückzuführen werden.

Die industrielle Entwicklung, die wachsende Erzeugung von Waren, die durch die Fabrikproduktion zwang die Arbeiter zu sammeln, hat in den Zentralverbänden zusammengefaßt. Darüber hinaus rief die Entwicklung mehr und mehr zur Bildung von Industrieverbänden. Die Einführung der Fabrikarbeit, die den Arbeiter von der Werkstatt trennte, führte zu einer neuen Art von Gewerkschaften. In der Gewerkschaftenbewegung wurde naturgemäß die Unterorganisation mehr auf die Produktion der Waren abgesehen. Produktion, Organisation und Kontrolle der Produktion sind die verschiedenen Gebiete, die in der Gewerkschaftenbewegung zum Ausdruck kommen. In diesem wieder greifen im Kreislauf der verschiedenen Berufe organisch ineinander. Daraus ergeben sich weitere Folgerungen. Die gewerkschaftliche Aktion einer Gruppe ermöglicht eine Reihe anderer. Das bedingt die Zusammenfassung in einer Organisation. So wirkt ein ganzer Komplex von Ursachen wirtschaftlicher und sozialer Natur in der Richtung zur Bildung von Industrieverbänden. Das gilt auch von rein wirtschaftlichen Vorarbeiten. Wichtige Waren werden im Wettbewerb der Industrie durch Enthalte, Blechwaren usw. verdrängt. Damit wird das Tätigkeitsgebiet der Arbeiter immer mehr verengt und ihr Anschluß an den Verband der Arbeiterarbeiter, mit denen sie zusammenarbeiten, fast unmöglich. In der Gewerkschaftenbewegung ist die Einführung des Eisenbetons auf der Baugewerkschaftlichen Zusammenfassung. Die neue Technik verdrängt die alte im Bauwesen. Die lange aufrechterhaltenen Verhältnisse in der Baugewerkschaftenbewegung sind nunmehr überholt. Der Baugewerkschaftenverband hat die Betonarbeiter als ungelernete Arbeiter ebenfalls zu den Streitigkeiten zwischen den beiden Verbänden. Die Erkenntnis, daß nur der Zusammenschluß beider Verbände eine befriedigende Lösung der Betonarbeiterfrage bringen konnte, bewirkte im Verein mit dem Bestreben, der wachsenden Macht der Unternehmer zu begegnen, daß der Maurerverband in eine Vereinigung mit dem Baugewerkschaftenverband einwilligte.

Als weitere Ursache der gewerkschaftlichen Konzentrationsbewegung bezeichnet Dr. Bende den von vorerwähnt auf der Seite der Industrieverbände erfolgten Ausbau der Unternehmerverbände. Obwohl sie erst später gegründet wurden, überholten sie die gewerkschaftlichen Organisationen teilweise bald an Reichweite und Macht. Ihr Vorteil war, daß sie sich von Anfang an mit ihrer Organisation den entwickelten industriellen Verhältnissen anpaßten. Sie fanden daher auch leichter den Zusammenschluß zu Industrieverbänden, die dann wiederum zu einigen Gesamtverbänden sich vereinigten. Daraus erkannten manche Verbände die Notwendigkeit, sich in derselben Weise zu ergänzen und auszubauen. Man muß dabei die Zeitfrage entscheiden. Dr. Bende unterteilt, daß auf der Holzarbeiterverband im Jahre 1893 aus den Stadterverbänden der Tischler, Drechsler, Stellmacher und Wirtenschmiede entstanden. Im März 1890 die Berliner Holzindustrie einen Arbeiterverband gegen die Arbeiter begründet hatten. Bei dem Zusammenschluß der verschiedenen Verbände im Transportgewerbe mögen teilweise Betriebskombinationen mitgewirkt haben. Entscheidend waren wohl die Zusammenschlüsse der Unternehmer. Selbstverständlich war der leitende Gesichtspunkt immer der, durch die Zusammenfassung der Kräfte die Macht und die Stofkraft der Organisation zu erhöhen.

Von einem restlosen und ungemessenen Durchsetzen der unschriebenen Entwicklungstendenzen kann natürlich, wenigstens bisher, noch keine Rede sein. Bei einzelnen Berufen, die ihre Selbständigkeit bewahren konnten, besteht keine Neigung, sich den großen Kräften anzuschließen. In manchen Fällen würde das vielleicht auch ihre Aktionsfähigkeit unerwünschter Weise lähmen. Zuweilen lassen sich kaum Grenzen für die gewerkschaftlichen Organisationen abstecken. Doch kann man auch den Bedürfnissen der Einzelgewerkschaften durch Kartellverträge Rechnung tragen. Als eine der interessantesten Erscheinungen in dieser Beziehung bezeichnet Dr. Bende die Zentralvertragskommission. Sie besteht aus Vertretern folgender Gewerkschaften: Metallarbeiter, Holzarbeiter, Kupferschmiede, Schiffszimmerer, Deckschmiede und Maschinisten, Maler, sowie Fabrikarbeiter. Die Kommission ist beratend, auf Antrag der Zentralverbände auch ausführendes Organ. Von drohenden Konflikten, die über den örtlichen Rahmen einer Organisation hinausgehen, ist der Kommission sofort Mitteilung zu machen. Die Vorstände der Zentralverbände haben die endgültige Entscheidung in der Hand. Die Kommission der Kommission darf kein Verbot angriffen oder die Wehrbewegungen auf den Werken genehmigen. Neben den sonstigen Bemerkungen bestehen auch solche von persönlicher Natur. Zum Teil

Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist unbedingt zu berichten, wo das unterbleibt, läuft für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.

Geopert sind: Wolfshagen (Satz): Die Pfaltersteinerwerke zu Langelsheim. — Giersdorf (Preis, Reife), Firma Kiehn. — Stahmwiesen, Firma Wopp. — Dortmund: Der Zwischenunternehmer W. W. W.

Produktion und Teuerung.

Die Teuerung aller Dinge nimmt immer stärkere Formen an. Die Arbeiterwelt sucht ihr zu entkommen, indem sie durch Lohnforderungen die Preissteigerung auszugleichen trachtet. Das Unternehmertum organisiert demgegenüber einen hartnäckigen Widerstand und läßt nicht selten durch seine Presse erklären, daß jegliche Lohnsteigerung ausgeschlossen ist, der gleichen Zeiten, wenn eine Lohn-erhöhung über die alten hinausgehen würde, die Arbeiter immer fauler geworden. Beides, die geklagten Löhne und die gefallenen Leistungen der Arbeiter, seien die alleinige Ursache der Teuerung, dazu komme noch als verstärkendes Moment die Verkürzung der Arbeitszeit, die ein weiteres Sinken der Arbeitsleistung verursahe.

Sind diese Behauptungen wirklich wahr? Man kann sich nicht verhehlen, daß das Unternehmertum in einer gut gedeckten Stellung befindet. Wo immer versucht wurde, Untersuchungen über die Richtigkeit dieser Behauptungen anzustellen, stieß man auf ungläubliche Schwierigkeiten. Die amtliche Statistik schweigt sich über diese Dinge fast völlig aus, und die Unternehmer zeigen begreiflicherweise noch weniger Neigung, den Wissensdurst der Arbeiter auf diesem Gebiete zu befriedigen. Die folgenden Darlegungen wollen dazu beitragen, einiges Licht in diese Materie zu bringen.

Drei Produktionsgebiete sind es, auf die sich die Untersuchung über die Teuerungsbereitigung bezog, ihre Ursachen vornehmlich erstrecken soll: das Baugewerbe, die Industrie und die Landwirtschaft. Ein verhängnisvolles Moment liegt schließlich noch in der Zoll- und Steuererhebung und dem Amittenhandel. Versuchen wir zunächst einen Blick auf das Baugewerbe zu tun, der uns über die Berechtigung der Preissteigerungen und ihre wahren Ursachen Klarheit verschaffen soll.

Im Baugewerbe werden erhöhte Löhne und Nachzahlung der Arbeitsleistung besonders oft und dreist als ein mitteilender Umstand ausgeführt, offenbar weil man weiß, daß die Feststellung der wirklichen Ursachen wegen Mangel an Angaben auf ganz besondere Schwierigkeiten stößt. Inhellen fehlt es so ganz an Material doch nicht. Daß die Löhne im Baugewerbe zum Teil erheblich gestiegen sind, ist richtig. Ebenso richtig ist aber auch, daß sich innerhalb der letzten 15-20 Jahre die Leistungen nahezu verdoppelt haben. Die Steigerung der Arbeitsleistung wird treffend durch die Bewegung der Akkordpreise bewiesen. So wuchsen in Berlin, einer Domäne des Akkordwesens, nach Angaben im „Grundstein“ (Nr. 7, 1910) gezahlt: für den Kubikmeter Mauerwerk etwa 6 bis 6,50 Mk. im Jahre 1900, und nur noch 4 bis 4,50 Mk. im Jahre 1910. In derselben Zeit blieb der Satz für den Kubikmeter Innenputz mit 21 Pfg. unverändert. Kalkputzer, die 1894 noch 1,20 Mark für den Quadratmeter erhielten, bekamen 1910 nur noch 60 Pfg. pro Quadratmeter, obwohl ihr Stundenlohn in dieser Zeit um 35 Pfg. stieg. Die Kalkputzer hatten innerhalb 8 Jahren ein Sinken des Akkordpreises von 40 auf 20 Pfg. pro Quadratmeter beflacht zu verzeichnen, bei einer Stundenlohnsteigerung um rund 30 Pfg. Für das Herbeischaffen von 1000 Stück Mauersteinen nebst zugehörigem Mörtel wurde Ende der neunziger Jahre 2,50 Mark und 1910 noch 1,75 Mk. bezahlt. Diefelben Ergebnisse liefert eine Sammlung von Akkordverträgen, die der Bauarbeiterverband in Frankfurt a. M. seit zwei Jahrzehnten durchgeföhrt hat.

Schlagender kann nicht nachgewiesen werden, daß den Lohnsteigerungen eine entsprechend gesteigerte Arbeitsleistung folgte. Daß tatsächlich der Lohn mit der Höhe der Miete nicht zu tun hat, sei noch an der Hand des heftigsten Wohnungsinspektionsberichts für 1905 kurz dargelegt. In diesem hat der heftigste Wohnungsinspektor die Entrechnung

Man vergleiche nun die vom Wohnungsinpektor berechneten normalen Mieten mit denen in Weim. Dann verrät man die Mieten und Löhne in Jn./M. und halte daneben Weissenau, einen Vorort von Mainz. Stimmfähig zeigt sich, wievielmal es ist, von den Löhnen immer auf die Mietpreise schließen zu wollen. Welches sind dann aber die Ursachen der Mietpreissteigerung? Versuchen wir, auch darauf eine Antwort zu finden. Zunächst mag auch hier der amtliche Bericht des heftigsten Wohnungsinspektors für 1909 als Beweismittel dienen. Dort werden starke Steigerungen der Miete auch in allen Häusern festgestellt, „wobei Umstand wird zu erklären versucht wie folgt (1909, Seite 11):

Wenn in den alten Häusern Verbesserungen getroffen werden, die den Gestaltungswert der Wohnungen erhöhen — wie die Anlage von Wasserleitungen — so ist eine entsprechende Steigerung der Miete gerechtfertigt. Aber auch die neuen Häuser sind teurer, als andere, nicht nur wegen der besseren Ausstattung, sondern auch, weil die Baukosten höher sind. Es handelt sich hier um Erhöhung der Ertragskraft, und um den kapitalisierten Mehrwert wird das Haus höher bewertet. Darin zeigt sich die den normalen Verhältnissen schnurstracks gegenüberstehende Tatsache, daß der Wert dieser Häuser mit Zunahme ihres Alters steigt, während sonst ein Gegenstand um so geringwertiger ist, je älter er wird. Da aber von einem Steigen des Bauwertes nicht die Rede sein kann, weil die Abschreibung zugunsten des Grundstücks dieses wird entsprechend teurer, was wiederum eine Verteuerung der allgemeinen Grundstückspreise zur Folge hat“

So der heftigste Wohnungsinspektor, der leider seit 1909 keinen Bericht mehr herausgegeben hat, wofür die Ursache wohl bei den Hausbesitzern zu suchen ist.

Die steigenden Grund- und Bodenpreise sind zweifellos ein stark mißverwertendes Moment. In Berlin ist der durchschnittliche Grund- und Bodenwert von 98,14 Mk. im Jahre 1888 auf 280,80 Mk. im Jahre 1907 pro Quadratmeter gestiegen. Wie groß die Bereicherung der Kapitalistenklasse infolge der Bodenpreissteigerung ist, läßt sich nur ahnen. Nach dem Jahrbuch für den preussischen Staat sind in städtischen Bezirken seit 1888 rund 2 1/2 Milliarden Mark Hypotheken mehr eingetragen, als gelöscht wurden. Wenn auch schon ein großer Teil dieser Summe auf neuentstandene Bauwerke fallen dürfte, so ist sicherlich auf Konto Steigerung der Baupreispreise kein kleiner Prozentsatz zu buchen. So liegt nach den Untersuchungen von Voigt der Wert des Bodens am Kurfürstendamm zu Berlin von 1870 bis 1904 von 2 1/2 Mill. Mark auf 66 Mill. Mark. Für diese Millionen, die der Bereicherung der Bodenpekulanten dienten, hat der Mieter in Gestalt höherer Mieten die Zinsen aufzubringen.

Setzen wir uns nun kurz die Wohnungsverbesserung infolge Steigerung der Hypothekenzinsen. In einer Schrift über Wohnungsnot und Wohnungssteuerung berechnet das Frankfurter „Soziale Museum“ die Steigerung der Hypothekenzinsen auf 1/2 bis 2 Prozent. Dazu kommen für die Hypothekervermittlung Provisionen bis 2 Prozent. Es gibt in Großstädten zahlreiche Mietshäuser, die von 10 Familien bewohnt, 100 000 Mk. Hypotheken aufzulegen haben. Die Vermittlung der Summe würde also 2000 Mk. Provision bedingen. Da der Betrag schließlich mit dem üblichen Satz von 6 Prozent verzinst und getilgt werden muß, belaufen allein jene 2000 Mk. die Mieter jährlich mit 120 Mk. Nehmen wir ferner 1/2 Prozent Zinsfuß-erhöhung der Hypothek an, dann vermehrt sich die Belastung um weitere 500 Mk. auf 620 Mk., oder für jede Mietpartei zusammen um 62 Mk. jährlich, sozusagen durch einen Federstrich.

Wie aber müssen die Arbeiterlöhne steigen, um eine gleiche Mieterhöhung zuzuge zu bringen. Die obigen 620 Mark stellen, mit 6 Prozent kapitalisiert, einen Betrag von rund 10 300 Mk. dar, den also die Lohnsteigerung erreichen müßte. Bei einem Hausbau werden ungefähr 12 Maurer und 10 Bauarbeiter 8 Wochen, gleich 48 Arbeitstage, beschäftigt, was einer Gesamtarbeitsleistung von 105 000 Stunden entspricht. Nehmen wir wiederum reichlich für die übrigen Handwerker ebenfalls zusammen 10 500 Stunden an, dann wäre also die Summe von 10 300 Mk. durch 21 000 Stunden zu teilen. Es käme eine Lohnsteigerung von

(1914. 4840)

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post zahl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtabonnenten können direkt bei der Post bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 255.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Zeile oder deren Raum berechnet. — Inerate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 1.

Sonnabend, den 4. Januar 1913.

17. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Produktion und Teuerung. I. — Gewerkschaftliche Konzentration. — Aus dem 1. Bau. — Jugend, vor die Front! — Gedicht: An das Neue Jahr! — In Bayern will man mehr Naturstein verwenden. — Ein Nachruf für Alexander Tille. — Die Rentabilität der Bauindustrie. — Erörterung der Lohnbewegung der Saarbergleute. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Mitteilung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Briefkasten. — Anzeigen. — Beilage: Der Kampf gegen die Tuberkulose. — Konkurrenz dreier Schärsmacherverbände. — Das Tarifvertragswesen in Deutschland. I. — Feuilleton: Vermittlung von Wertstein-Fronten. — Gedicht: Zum neuen Jahre.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist hauptsächlich zu berichten; was das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Sesperet sind: Wolfshagen (Hartz): Die Pfaltersteinwerke zu Langelsheim. — Stiersdorf (Kreis Neisse): Firma Kielow. — Steinwiesen: Firma Popp. — Dortmund: Der Zwischenunternehmer W. Wild.

Frankreich. Das Granitwerk in Abainville ist gesperrt.

Produktion und Teuerung.

Die Teuerung aller Dinge nimmt immer schärfere Formen an. Die Arbeiterklasse sucht ihr zu entkommen, indem sie durch Lohnforderungen die Preissteigerung auszugleichen trachtet. Das Unternehmertum organisiert demgegenüber einen hartnäckigen Widerstand, und läßt nicht selten durch seine Presse erklären, daß jegliche Lohnhöhung ausgeschlossen sei, der „schlechten Zeiten“ wegen. Eine Lohn-erhöhung würde auch nur ein weiteres Steigen der Preise, und obendrein seien die Arbeiter in den letzten Jahrzehnten immer fauler geworden. Beides, die gestiegenen Löhne und die gesunkenen Leistungen der Arbeiter, seien die alleinige Ursache der Teuerung, dazu komme noch als verstärkendes Moment die Verkürzung der Arbeitszeit, die ein weiteres Sinken der Arbeitsleistung verursache.

Sind diese Behauptungen wirklich wahr? Man kann sich nicht verhehlen, daß sich das Unternehmertum in einer gut gedeckten Stellung befindet. Wo immer versucht wurde, Untersuchungen über die Richtigkeit dieser Behauptungen anzustellen, stieß man auf ungläubliche Schwierigkeiten. Die amtliche Statistik schweigt sich über diese Dinge fast völlig aus, und die Unternehmer zeigen bereitwilligerweise noch weniger Neigung, den Wissensdrang der Arbeiter auf diesem Gebiete zu befriedigen. Die folgenden Darlegungen wollen dazu beitragen, einiges Licht in diese Materie zu bringen.

Drei Produktionsgebiete sind es, auf die sich die Untersuchung über die Teuerungsberechtigung bzw. ihre Ursachen vornehmlich erstrecken soll: das Baugewerbe, die Industrie und die Landwirtschaft. Ein verschärfendes Moment liegt schließlich noch in der Zoll- und Steuergesetzgebung und dem Zwischenhandel. Versuchen wir zunächst, einen Blick auf das Baugewerbe zu tun, der uns über die Berechtigung der Mietssteigerungen und ihre wahren Ursachen Klarheit verschaffen soll.

Im Baugewerbe werden erhöhte Löhne und Nachlassen der Arbeitsleistung besonders oft und dreist als ein mietssteigernder Umstand ausgeschrien, offenbar weil man weiß, daß die Feststellung der wirklichen Ursachen wegen Mangel an Angaben auf ganz besondere Schwierigkeiten stößt. Indessen fehlt es so ganz an Material doch nicht. Daß die Löhne im Baugewerbe zum Teil erheblich gestiegen sind, ist richtig. Ebenso richtig ist aber auch, daß sich innerhalb der letzten 15—20 Jahre die Leistungen nahezu verdoppelt haben. Die Steigerung der Arbeitsleistung wird treffend durch die Bewegung der Akkordpreise bewiesen. So wurde in Berlin, einer Domäne des Akkordwesens, nach Angaben im „Grundstein“ (Nr. 7, 1910) gezahlt: für den Kubikmeter Mauerwerk etwa 6 bis 6.50 Mk. im Jahre 1900, und nur noch 4 bis 4.50 Mk. im Jahre 1910. In derselben Zeit blieb der Satz für den Kubikmeter Innenputz mit 21 Pfg. unverändert. Rabitzpuffer, die 1894 noch 1.20 Mark für den Quadratmeter erhielten, bekamen 1910 nur noch 60 Pfg. pro Quadratmeter, obwohl ihr Stundenlohn in dieser Zeit um 35 Pfg. stieg. Die Rabitzspanner hatten innerhalb 8 Jahren ein Sinken des Akkordpreises von 40 auf 20 Pfg. pro Quadratmeter Gesicht zu verzeichnen, bei einer Stundenlohnsteigerung um rund 30 Pfg. Für das Erbschiffen von 1000 Stück Mauersteinen nebst zugehörigem Mörtel wurde Ende der neunziger Jahre 2.50 Mark und 1910 noch 1.75 Mk. bezahlt. Dieselben Ergebnisse liert eine Sammlung von Akkordverträgen, die der Bauarbeiterverband in Frankfurt a. M. seit zwei Jahrzehnten durchgeföhrt hat.

Schlagender kann nicht nachgewiesen werden, daß den Lohnsteigerungen eine entsprechend gesteigerte Arbeitsleistung folgte. Daß tatsächlich der Lohn mit der Höhe der Mietssteigerung wenig zu tun hat, sei nach an der Hand des hiesigen Wohnungsinspektionsberichts für 1905 kurz dargelegt. In diesem hat der hiesige Wohnungsinspektor die Entstehungs-

kosten der Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen und die angemessenen Normalmieten zu ermitteln versucht, und diesen dann die tatsächlichen Mieten gegenübergestellt. Wir fügen nun die Bauarbeiterlöhne hinzu und erhalten folgendes Ergebnis:

Ort	Stundenlohn der Bauarbeiter	Mietpreis in neuen Orts-teilen 1905 für			Einwohnerzahl
		1 Zimmer	2 Zimmer	3 Zimmer	
Worms	41	150	195	850	44 000
Darmstadt	45	98	108	240	88 000
Wetterau	48	70	115	155	8 800
Langen	47	120	140	320	8 800
Ingelheim	82	108	160	225	8 800
Normale Mieten n. den Ermittlungen d. Wohn.-Znp.		60—70	120—130	165—180	

Man vergleiche nun die vom Wohnungsinspektor berechneten normalen Mieten mit denen in Worms. Dann betrachte man die Mieten und Löhne in Ingelheim und halte daneben Wessau, einen Vorort von Mainz. (Zinnenförmig zeigt sich, wie falsch es ist, von den Löhnen immer auf die Mietpreise schließen zu wollen.)

Welches sind dann aber die Ursachen der Mietpreissteigerung? Versuchen wir, auch darauf eine Antwort zu finden. Zunächst mag auch hier der amtliche Bericht des hiesigen Wohnungsinspektors für 1909 als Beweismittel dienen. Dort werden starke Steigerungen der Miete auch in alten Häusern festgestellt, und dieser Umstand wird zu erklären versucht wie folgt (1909, Seite 11):

„Wenn in den alten Häusern Verbesserungen getroffen werden, die den Gebrauchs-wert der Wohnungen erhöhen — wie die Anlage von Wasserleitungen — so ist eine entsprechende Steigerung der Miete gerechtfertigt. Aber nur dann, wenn diese Verbesserungen in alten Orts-teilen geschehen sind, trifft dies zu; aus anderen Orten wird von derartigen Verbesserungen nichts gemeldet. Es handelt sich hier um Erhöhungen der Ertragskraft, und um den kapitalisierten Mehrbetrag wird das Haus höher bewertet. Darin zeigt sich die den normalen Verhältnissen schnurstracks zuwiderlaufende Tatsache, daß der Wert dieser Häuser mit Zunahme ihres Alters steigt, was, wenn sonst ein Gegenstand um so geringwertiger ist, je älter er wird. Da aber von einem Steigen des Bauwertes nicht die Rede sein kann, geht die Höherbewertung zugunsten des Grundstücks. Dieses wird entsprechend teurer, was wiederum eine Verteuerung der allgemeinen Grundstückspreise zur Folge hat.“

So der hiesige Wohnungsinspektor, der leider seit 1909 keinen Bericht mehr herausgegeben hat, wofür die Ursache wohl bei den Hausbesitzern zu suchen ist.

Die steigenden Grund- und Bodenpreise sind zweifellos ein stark mietsverteuerndes Moment. In Berlin ist der durchschnittliche Grund- und Bodenwert von 98.14 Mk. im Jahre 1888 auf 280.80 Mk. im Jahre 1907 pro Quadratmeter gestiegen. Wie groß die Bereicherung der Kapitalistenklasse infolge der Bodenpreissteigerung ist, läßt sich nur ahnen. Nach dem Jahrbuch für den preussischen Staat sind in städtischen Bezirken seit 1888 rund 2 1/2 Milliarden Mark Hypotheken mehr eingetragen, als gelöscht wurden. Wenn auch schon ein großer Teil dieser Summe auf neuentstandene Bauwerke fallen dürfte, so ist sicherlich auf Konto Steigerung der Bauplätze kein kleiner Prozentsatz zu buchen. So stieg nach den Untersuchungen von Voigt der Wert des Bodens am Kurfürstendamm zu Berlin von 1870 bis 1904 von 2 1/2 Mill. Mark auf 65 Mill. Mark. Für diese Millionen, die der Bereicherung der Bodenspekulanten dienten, hat der Mieter in Gestalt höherer Mieten die Zinsen aufzubringen.

Betrachten wir noch kurz die Wohnungsverteuerung infolge Steigerung der Hypothekenlasten. In einer Schrift über Wohnungsnot und Wohnungsteuerung berechnet das Frankfurter „Soziale Museum“ die Steigerung der Hypothekenzinsen auf 1/2 bis 2 Prozent. Dazu kommen für die Hypothekenermittlung Provisionen bis 2 Prozent. Es gibt in Großstädten zahlreiche Mietshäuser, die von 10 Familien bewohnt, 100 000 Mk. Hypotheken aufzuweisen haben. Die Vermittlung der Summe würde also 2000 Mk. Provision bedingen. Da der Betrag schließlich mit dem üblichen Satz von 6 Prozent verzinst und getilgt werden muß, belaufen allein jene 2000 Mk. die Mieter jährlich mit 120 Mk. nehmen wir ferner 1/2 Prozent Zinssteigerung der Hypothek an, dann vermehrt sich die Belastung um weitere 500 Mk. auf 620 Mk., oder für jede Mietpartei zusammen um 62 Mk. jährlich, sozusagen durch einen Federstrich.

Wie aber müssen die Arbeiterlöhne steigen, um eine gleiche Mieterhöhung zuwege zu bringen. Die obigen 620 Mark stellen, mit 6 Prozent Kapitalzins, einen Betrag von rund 10 300 Mk. dar, den also die Lohnsteigerung erreichen müßte. Bei einem Hausbau werden ungefähr 12 Maurer und 10 Bauarbeiter 8 Wochen, gleich 48 Arbeitstage, beschäftigt, was einer Gesamtarbeitsleistung von 105 000 Stunden entspricht. Nehmen wir wiederum reichlich für die übrigen Handwerker ebenfalls zusammen 10 500 Stunden an, dann wäre also die Summe von 10 300 Mk. durch 21 000 Stunden zu teilen. Es käme eine Lohnsteigerung von

49 Pfg. pro Stunde in Frage. So stark müßte die Lohn-erhöhung der Arbeiter sein, um den Betrag zu erreichen, den der Hypothekengläubiger ohne Aussehen in seine Taschen gleiten läßt. Die Lohnsteigerungen haben aber innerhalb der letzten zwanzig Jahre fast nirgends die Hälfte dieser Summe erreicht. Dabei hat eine gewaltige Steigerung der Arbeitsintensivität stattgefunden, die fast eine Verbilligung der Wohnungsentstehungskosten bedeutet. Wenn trotzdem die Mieten geradezu unerschämte gestiegen sind, so sind die Hauptursachen nicht in den verhältnismäßig geringen Lohn-erhöhungen, sondern in der Bodenpreissteigerung und den Hypothekenlasten zu erblicken, wobei dahingestellt sein mag, inwiefern nebenher noch kommunale Abgaben und allerlei Stempelgebühren in Gestalt höherer Mieten abgewälzt wurden.

Gewerkschaftliche Konzentration.

„Die Konzentrationsbewegung bei den deutschen Gewerkschaften“ betitelt Dr. Alexander Wende eine kleine interessante Schrift, die soeben in Karl Heymanns Verlag erschienen ist. Ohne es zu wollen, demonstriert der Verfasser, der übrigens den Gewerkschaften sympathisch gegenübersteht, in recht wirksamer Weise gegen die schärferen Versuche, durch Untergrabung des Koalitionsrechts die Gewerkschaften zu zertrümmern. Er zeigt, wie die in den Gewerkschaften sich vollziehenden Umformungen zwingende, aus der industriellen Entwicklung geborene Notwendigkeiten sind. In dieser Hinsicht liegt auch der Beweis, daß die Gewerkschaften in ihrer heutigen Gestaltung keine willkürlichen Gebilde darstellen, ungeschickliche Begleitergehungen des Kapitalismus sind. Jeder Versuch, sie zu vernichten, muß, wie der Verfasser gegen ein Naturgesetz hemmend und zerkündernd auf den Wirtschaftsorganismus wirken.

Die industrielle Entwicklung, die wachsende Erzeugung der Konsumgüter, durch die Fabrikproduktion zwang die Arbeiter, zunächst sich beruflich in Zentralverbänden zusammenzuschließen. Darüber hinaus trieb die Entwicklung mehr und mehr auf die Seite des Industrieverbandes. Die Einführung der Teilarbeit und der Spezialarbeitsmaschinen veranlaßte die Grenzen zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern. In der gewerkschaftlichen Organisation konnte naturgemäß die Unterscheidung nicht aufrechterhalten werden. Produktionsorganisatorische und technische Fortschritte auf den verschiedensten Gebieten förderten die Entwicklung zum Großbetrieb. In diesem wieder greifen im Arbeitsprozeß die verschiedenen Berufe organisch ineinander. Daraus ergeben sich weitere Folgerungen. Die gewerkschaftliche Aktion einer Gruppe beeinflusst eine Reihe anderer. Das bedingt die Zusammenfassung in möglichst einer Organisation. So wirkt ein ganzer Komplex von Ursachen wirtschaftlicher und sozialer Natur in der Richtung zur Bildung von Industrieverbänden. Das gilt auch oft von rein technischen Fortschritten. Wirtschwaren werden im Privat Haushalt heute durch Emaille, Blechwaren usw. verdrängt. Damit wird das Tätigkeitsgebiet der Wirtschwaren immer mehr verengt und ihr An-schluss an den Verband der Brauerarbeiter, mit denen sie am meisten zusammenarbeiten, stark gefördert. Im Baugewerbe drängt sehr stark die Einführung des Eisenbetonbaues auf den Weg gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse. Die neue Technik veranlaßt die gerade im Baugewerbe sehr lange aufrechterhaltene Trennung in gelernte und ungelerte Arbeiter. Der Bauhilfsarbeiterverband beanspruchte aber die Betonarbeiter als ungelerte Arbeiter ebenfalls. So kam es zu Streitigkeiten zwischen den beiden Verbänden. Die Erkenntnis, daß nur der Zusammenschluß beider Verbände eine befriedigende Lösung der Betonarbeiterfrage bringen konnte, bewirkte im Verein mit dem Bestreben, der wachsenden Macht der Unternehmer zu begegnen, daß der Maurerverband in eine Vereinigung mit dem Bauhilfsarbeiterverband einwilligte.

Als weitere Ursache der gewerkschaftlichen Konzentrationsbewegung bezeichnet Dr. Wende den von vornherein auf der Basis der Industrieverbände erfolgten Ausbau der Unternehmerverbände. Obwohl sie erst später gegründet wurden, überholten sie die gewerkschaftlichen Organisationen teilweise durch die Geschlossenheit und Macht. Ihr Vorteil war, daß sie sich von Anfang an mit ihrer Organisation den entwickelten industriellen Verhältnissen anpaßten. Sie fanden daher auch leichter den Zusammenschluß zu Industrieverbänden, die dann wiederum zu einigen Gesamtverbänden sich vereinigten. Daraus erkannten manche Verbände die Notwendigkeit, sich in derselben Weise zu ergänzen und auszubauen. Manahmal war dabei die Tariffrage entscheidend. Dr. Wende unterstellt, daß auch der Holzarbeiterverband im Jahre 1893 aus den Fachverbänden der Tischler, Drechsler, Stellmacher und Wirtschmacher entstanden ist, weil im März 1890 die Berliner Holzindustrie einen Arbeit-geberverband gegen die Arbeiter begründet hatten. Bei dem Zusammen-schluß der verschiedenen Verbände im Transportgewerbe mögen teilweise Betriebskombinationen mitgewirkt haben. Entscheidend waren wohl die Zusammenschlüsse der Unternehmer. Selbstverständlich war der leitende Gesichtspunkt immer der, durch die Zusammenfassung der Kräfte die Macht und die Stoffkraft der Organisation zu erhöhen.

Von einem reißlosen und ungehemmten Durchgehen der un-gelerten Entwicklungstendenzen kann natürlich, wenigstens bis-her, noch keine Rede sein. Bei einzelnen Berufen, die ihre Selbstständigkeit bewahren konnten, besteht keine Neigung, sich den großen Verbänden anzuschließen. In manchen Fällen würde das vielleicht auch ihre Aktionsfähigkeit unerwünschter Weise lähmen. Zumeilen auch lassen sich kaum Grenzen für die gewerkschaftlichen Organisationen absehen. Doch kann man auch den Bedürfnissen der Einzelheit durch Kartellverträge Rechnung tragen. Als eine der interessantesten Erscheinungen in dieser Beziehung bezeichnet Dr. Wende die Zentralwerkstoffkommission. Sie besteht aus Vertretern folgender Gewerkschaften: Metallarbeiter, Holzarbeiter, Kupferarbeiter, Schiff-schlepper, Feiger und Maschinenbau, Maler, sowie Fabrikarbeiter. Die Kommission ist beratend, auf Antrag der Zentralverbände auch ausführende. Organ... Von drohenden Konflikten, die über den zünftigen Rahmen einer Organisation hinausgehen, ist der Kom-mission sofort Mitteilung zu machen. Die Vorstände der Zentral-verbände haben die endgültige Entscheidung in der Hand... Ohne Anhörung der Kommission darf kein Verband Angriffs- oder Ab-wehrbewegungen auf den Werken genehmigen. Neben den sach-lichen Bemerkungen bestehen auch solche persönlicher Natur. Zum Teil

werden sie zweifellos noch überwunden; manche aber werden dem Vorwärtsschritt der Industrieverbände dauernd im Wege stehen. Ihre Verbindung erscheint auch nicht erforderlich. Einmal hat man die Mittel der Kartellverträge, dann wird aber auch im weiteren Verlauf der Entwicklung ein Ausgleich der Interessen möglich durch eine Art Gesamtverband aller Gewerkschaften gebildet werden können. Ob das geschieht durch einen Ausbau der General-Kommissionen und Erweiterung ihrer Machtbefugnisse, wie D. D. Bunde anzunehmen scheint, das kann man ruhig der Zukunft überlassen.

Mit der Zentralisation geht Hand in Hand eine Dezentralisation innerhalb der Gewerkschaften. Sie kommt bereits zum Ausdruck in der Einrichtung der Bezirksorganisationen im Rahmen der Zentralverbände. Von besonderem Interesse ist die Konstatierung, daß sich die unruhigen Entwicklungsstrebungen ebensogut bei den Christen als auch bei den Nicht-Christen bemerkbar machen. Nur spielen sie bei ihnen eine viel geringere Rolle. Das liegt daran, daß diese die Entwicklung durch ihren ursprünglichen Aufbau gewissermaßen vorgezeichnet haben. Während die freien Gewerkschaften aus der Arbeiterkraft heraus in unzähligen kleinen Verbänden regellos entstanden sind und die zweckmäßigere Form allmählich erst finden mußten, sind die Christ-Dunderschen Gewerkschaften — im allgemeinen nicht zu ihrem Vorteil — von oben herab nach einheitlichem Gesichtspunkt geordnet worden. Durch die Zusammenfassung der verschiedenen, meist einander verwandten Berufe in einem Verbande, die damals wegen der geringen Mitgliederzahl vorgenommen wurde, ist den Gewerkschaften ein Anpassungsprozeß von der Stärke, wie wir ihn bei den freien Gewerkschaften von 1900 an finden, erspart geblieben. Das gleiche gilt für die christlichen Gewerkschaften. Nur daß für sie außer der geringen Zahl von Mitgliedern vor allem das Vorbild der freien Gewerkschaften bestimmend war, bei denen ja zur Zeit der Entstehung der christlichen Gewerkschaften (in der zweiten Hälfte der 80er Jahre) die Konzentrationstendenzen sich schon bemerkbar machten. In dieser Beziehung passen sich also die christlichen Organisationen den durch die kapitalistische Entwicklung gegebenen Notwendigkeiten an. Waren sie ganz logisch, müßten sie sich zum Prinzip der einheitlichen, geschlossenen Organisation bekennen. Da sie im Gegensatz zu den Unternehmen die Arbeiterkraft zerteilen, vorgehen sie sich also in schärfster Weise gegen die Interessen der Arbeiter.

Aus dem 1. Gau.

Der 1. Gau (Berlin) mit seinen mittleren, meist aber Kleinbetrieben, erleidet eine erfolgreiche Agitation ungenügend. Von Berlin abgesehen, kommen Orte mit großer Kollegenzahl nicht in Frage. Trotzdem sind auch hier noch Hunderte von Berufscollegen zu gewinnen. Dieselben müssen, weil nicht organisiert, unter den erbärmlichsten Bedingungen arbeiten. Am verbreitetsten ist im 1. Gau die Grabsteinbranche. Hier finden wir die Lehrlingszucht in Reinkultur. Betriebe, die nur mit Lehrlingen, andre, die bei einem Gesellen 7-8 Lehrlingen halten, sind keine Seltenheit. In Guben, Thorn, Döberan, Küstrin, Swinemünde u. a. m. sind uns solche Betriebe bekannt. In der Saison, mit Arbeitszeiten von 12 und mehr Stunden, werden diese jungen Leute ausgenutzt. Nach beendeter vierjähriger Lehrzeit werden dieselben einfach entlassen und fallen ihren armen Eltern zur Last oder müssen sich als Arbeiter durch die Welt schlagen. Eine Lehrlings- und Jugendabteilung in unserem Verband ist ein dringendes Bedürfnis. In der Raffinerie, in Mecklenburg und Pommern, wird viel schwedischer Granit verarbeitet. Hier finden wir auch Steinmetzen, Schiefer und Hilfsarbeiter in größerer Zahl. Bützow und Rostock in Mecklenburg, Greifswald, Rügen und Stralsund i. V. sind Hauptstellen. Die ersten beiden Orte bilden Musterzuchtstätten mit guten Löhnen. Die andern sollen es werden. Auch die Plastersteinmacher (Steinhauer) sind im 1. Gau vertreten. In Waren i. M., Ferdinandshof i. V., Joachimsthal bei Eberswalde ist dieser Industriezweig zu finden. Insbesondere in Joachimsthal und Althütten kommen 200 Kollegen in Frage, 60-80 davon gehören dem Steinerverband an. Auch in Ost- und Westpreußen soll es noch einige Orte mit solcher Industrie geben. Diese Kollegen arbeiten meist über Land. So sich eine Menge Findlinge angehäuft, wird auf Verlangen der Gemeinden oder auch eines Unternehmers gearbeitet. Die Arbeit wird sehr schlecht bezahlt, die Arbeitszeit ist ungeheuerlich lang. Betriebe, die ausschließlich Marmor verarbeiten, befinden sich in Groß-Berlin und Pommern. In größeren Provinzstädten, so in Königsberg, Danzig, Stettin, Posen und Frankfurt, auch in einer ganzen Anzahl kleinerer Orte werden Denkmäler aus Marmor, Sandstein und Granit hergestellt. Vereinzelt kommt auch Bauarbeit in Betracht. Die Baubranche ist in Berlin vertreten. Hier ist der Sitz der maßgebenden Firmen Deutschlands. Werkschneide werden von Steinmetzen verfertigt. Diese Bauten untersteht jeder Baue von jener Pflichtenarbeit in Sachsen und Süddeutschland. Bloß die Baubehörden können hier nicht untercheiden. — Der Kunststein ist überall zu Hause. In Berlin werden Treppen und Fassaden, auch Innenarbeiten aus Kunststein gemacht. Besonders ist es in Königsberg und Posen. Bei Brücken- und Bahnbauten wird auch in der Provinz Kunststein verwendet. Derselbe muß gestrichelt oder geputzt, glattgeschliffen, verputzt werden. Aber auch in der Grabsteinindustrie wird dieses Zeug zu Denkmälern, zu Grabsteinfassungen, Baumstämmen, selbst zu Blumenkränzen verwendet. Grabsteinfabriken mit Kunststeinfabriken finden wir in Landsberg a. W., Bromberg, Königsberg, Königsberg und in vielen andern Städten.

Wir haben hier noch ein großes Arbeitsfeld. Ganz Gegenden sind für die Organisation zu erschließen. Hier Breche zu legen, wird unsere Aufgabe sein. Wir werden unsere Schuldigkeit tun. C. Hanjake

Jugend, vor die Front!

Der Kampf mit den inneren Sorgen in der Gewerkschaftsbewegung schließt sich, der wird die Wahrung machen, daß mit der Forderung und Erhaltung der Organisationsgebäude jetzt oft Genossen daraus werden, die sich bereits im vorgerückten Lebensalter befinden. Das erscheint auf den ersten Anblick ganz natürlich, denn jeder Mensch der Bewegung wird sich sagen, daß es richtig ist, an die verantwortlichen Stellen Genossen zu stellen, die bereits ein gewisses Alter und eine größere Erfahrung erlangt haben, die Organisation zu führen und an vordere Stelle mit Rat und Tat für das Wohl der Gewerkschaften zu wirken. Aber nicht nur man aber auch die Gewerkschaften, daß es besser und richtig wäre, wenn das jüngere Element mehr in praktischer Weise in die Aufgaben der Bewegung eingesetzt, an verantwortungsvollen Stellen gestellt und damit in die Lage versetzt würde, selber das von den älteren Genossen übernommene Amt in richtiger Weise zu verwalteten.

schäftlichen Interessen und unsere Organisationsarbeit einsehen, wie es nötig und wünschenswert wäre. Sie betrachten sich als Mitglieder, schließen sich auch den notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse an, treten aber seltener mehr in den Vordergrund und überlassen die Führung ihren älteren Kollegen, und zwar weniger aus dem Grunde, um respektvoll dem erfahrenen Alter den Vortritt in der Bewegung zu überlassen, sondern vielmehr aus Nachlässigkeit und einem gewissen geriaten Indifferentismus heraus, der wohl im großen ganzen mitmacht, jedoch Gehirn und Körper mit der Last der Organisationsarbeit nicht allzu sehr überbürden möchte. Unsere Jugend verfährt eben oft, wenn es heißt, den ganzen Mann völlig rückwärts in den Dienst der Bewegung zu stellen.

Wie oft sehen wir im Dienste der Arbeiterbewegung ergrauten Genossen immer noch in alter Frische in den vordersten Reihen! Sie, die schon vor fünfundsiebzig und dreißig Jahren mit Jugendenthusiasmus die sozialistischen und gewerkschaftlichen Lehren in sich aufnahmen und in der Sturm- und Drangperiode der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ihr ganzes Denken und Handeln der aufkeimenden Arbeiterbewegung widmeten, wirken auch heute noch in alter Weise für unsere großen Ziele, drängen vorwärts und freuen sich über die Erfolge. Und ihre ganze Sorge dreht sich wie immer um das Wohlergehen der Organisation. Woher kommt das? Nun, sie denken an jene Zeiten zurück, als die gleichgesinnten Genossen noch ein kleines Häuflein bildeten und oftmals ohnmächtig gegen das Unternehmertum und den Indifferentismus in den eigenen Reihen ankämpften. Sie haben dann später miterlebt, wie durch ihre unermüdete Arbeit die Bewegung nach und nach erstarkte und Erfolge erzielte. Sie wissen zu erzählen von der Mühe und Plage, die nötig war, um die Bewegung zu dem gewaltigen Faktor zu gestalten, der heute durch die Organisationen repräsentiert wird. Sie bauten wieder Stein auf Stein am Organisationsgebäude, überdachten in jeder Weise die echte und wahre Solidaritätsgemeinschaft der Gewerkschaftsmitglieder in jeder wirtschaftlichen Bedrängnis, so daß heute jeder Verband ein wenn auch immer noch ausbaubedürftiges, so doch immerhin respektables Ganzes dar-

Un das Neue Jahr!

Eine Stufe sollst du werden ...
Sieh, wir bau'n lagern, lagaus
Unter Mühsal und Beschwerden
Uns ein neues, helles Haus.

Müde sind wir längst des alten,
Wo die Arbeit freudlos front,
Wo die dunklen Mächte walten,
Wo nicht Luft und Sonne wohnt.

Oh uns Felnde auch umlauern,
Stolz zu Hieb und Stoß bereit:
Aufwärts wachsen uns're Mauern
Unerschütter, stark und breit.

Spöttlich singt in uns're Lage
Noch das alte Sklavenlied,
Wo in ungeliebter Plage
Stund' um Stunde ziellos flieht.

Aber wenn der Abend dämmeret
Und wir uns're Fessel frei —
Horch, wie dann die Freude hämmert
Nach der neuen Melodei.

Niemand achte seiner Wunden,
Die ihm Not und Fehde schlug;
Denn wir bau'n ... Es flieh'n die Stunden
Wie ein kurzer Atemzug.

Zeit! Und höher wird es steigen,
Was der Arbeit Geist gebat.
Zeit! Und du auch wirst dich neigen
Uns're Ziele, neues Jahr!

Ein Stufe sollst du werden,
Daß empor, empor wir geh'n
Und dereinst an warmen Herden
In dem hellen Hause steh'n!

Fr.

hingewiesen und ihnen zu sagen, daß es ihre erste Aufgabe ist, in nachdrücklicher Weise jederzeit die Interessen der Organisation zu vertreten und zu fördern.

Jugend, vor die Front! Das ist der Ruf, der an unsere jüngeren Arbeitsgenossen ergeht. Seht euch unsere Miten an, fragt euch ein, wie sie gelitten und gestritten haben, um auch in ein bereits schätzbares und bewährbares Organisationsgebäude hineinzuführen. Schützt die Mitten der Miten und deren Tätigkeit, selbst aber auch das von ihnen übernommene Erbe nunmehr in würdiger Weise zu verwalten und darauf zu streben, daß das Organisationsgebäude dieser so wandlige Säule der Schwachen, immer mehr ausgebaut und immer weiter ausgebaut werde! Seid in jeder Weise tätig! Stellt den ganzen Mann in den Dienst der Bewegung, strebt nach vorwärts, um die Ideale der Miten ihrer baldigen Verwirklichung entgegen zu führen!

Die Miten brauchen die Jungen und die Jungen die Miten. Die Miten verkörpern die traditionelle Vergangenheit und heute noch zum Teil die lebendig wirkende Gegenwart. In letzterem teile sich die Jugend mit den Miten eisern voll und vor allem beachte sie, daß es die Jugend ist, die die Zukunft bedeutet. Und vornehmlich in der modernen Arbeiterbewegung ist hierauf großes Gewicht zu legen. Der Emanzipationskampf der arbeitenden Klassen hat schon schwere Opfer erfordert. Dieser große Kampf ruht jetzt auf seiner Höhe und die Entscheidung fällt in der Zukunft. Darum durchdringen wir unsere Jugend mit proletarischem Kampfsinn, daß sie würdig und begeistert das große und teure Erbe der Miten antrete und unsern gerechten Kampf zum sieghaften Ende führe!

Jugend, vor die Front! Seid in die Kampfesreihen mit dem Mut und der Begeisterung der Miten, daß das große Werk baldig vollbracht werde! Verwirklicht das Ideal der Miten! Die Kämpfer für euch und erbetet die Wege zum Erfolg! Ihr seid die Zukunft! Sorgt dafür unter Einsetzung aller eurer Kräfte, daß diese Zukunft ein freies Menschengeschlecht gebiert, frei von geistiger Unterdrückung und physischer Ausbeutung!

In Bayern will man mehr Naturstein verwenden.

Die Handelskammer in Würzburg hat an das bayerische Ministerium eine Eingabe gerichtet, damit der Main- und Isar-Stein wiederum eine umfassende Verwendung finden könne. Die bayerische Regierung hat darauf nachfolgenden Bescheid erlassen:

Der Grund für das Daniederliegen der Bausteinindustrie im Regierungsbezirk Unterfranken und Mittelfranken ist vorzugsweise darin zu suchen, daß sich einerseits die Beschuldigung geändert hat und dementsprechend dem Kupf- und Hochwerksbau gegenüber dem reinen Natursteinbau der Vorkzug gegeben wird, und daß andererseits die Verwendung des billigeren Betons und Kunststeines den Naturstein fast zurückgedrängt hat.

Diese Tatsache hat die Regierung gegenüber den vom Abgeordneten Schulz in der 275. Sitzung der Kammer der Abgeordneten im Jahre 1911 vorgebrachten Klagen bereits erwähnt und erklärt, daß von der Baubehörde als solcher dagegen keine Front gemacht werden könne. Weiterhin brachte der Staatsminister des Innern damals die Anschauung zum Ausdruck, daß man dort, wo Sandsteinbauten heimisch sind, unbedingt den reinen Sandstein wieder zur Geltung kommen lassen sollte, was auch bei dem in Aussicht stehenden Neubau eines Regierungsgebäudes in Marktzeilfeld der Fall sein wird.

Um dieser Absicht zu entsprechen, hat das Kgl. Staatsministerium des Innern an die für die Natursteinindustrie vorzugsweise in Betracht kommenden Kgl. Regierungen, Kammern des Innern, der Oberpfalz, von Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und der Pfalz nachstehende Entschliessung erlassen:

Wegen der Beteiligung der bayerischen Industrie an staatlichen Regierungen in Baden wurden weitere Verhandlungen eingeleitet.

Die Ministerialentschliessung an die Regierungen hat folgenden Wortlaut:

Die Kgl. Regierung, Kammer des Innern, wird beauftragt, die ihr unterstellten Bauämter darauf hinzuwirken, daß die verschiedenen Arten des heimischen Natursteinmaterials, soweit sie als dauerhaft erprobt sind, zur Erhaltung eines alleinbestehen Erwerbszweiges und zur Förderung der bodenkundlichen Baumweise bei der Ausführung von Bauten durch die innere Staatsbauverwaltung verwendet werden sollen, wenn dadurch die gebotene Wirtschaftlichkeit nicht wesentlich beeinträchtigt wird.

Ferner wird die Kgl. Regierung Veranlassung nehmen, bei vorkommenden Kreis-, Bezirks- und Ortsgemeindebauten ihres Geschäftsbereichs die Verwendung des heimischen Natursteinmaterials unter den oben genannten Voraussetzungen zu empfehlen.

Hoffentlich handeln die Bauämter nach diesem Erlaß. In Bayern existiert eine starke Steinindustrie, aber die staatlichen Bauämter haben bisher mit Vorliebe Kunststein verwendet. Offen gestanden, wir glauben nicht daran, daß dieser Erlaß eine große praktische Bedeutung haben wird.

Ein Nachruf für Alexander Tille.

Die „Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung“, das bekannte Schachmacherorgan, wurde bisher von Dr. Alexander Tille redigiert. Man kann sich den Inhalt des Blattes nur der Zeitung des bekannten Arbeiterverächters lebhaft vorstellen, so daß wir hierauf nicht einzugehen brauchen. Nun ist Tille, die Schachmacher trifft ein herber Verlust. Kein Wunder, wenn diese ihrem wissenschaftlichen Interesse warme Nachrufe widmen. Die letzte Nummer der „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung“ enthält mehrere belletrische Aufsätze, sowie die Predigt, die Pfarrer Reichard-Saarbrücken dem Leuten am Grab hielt. Das Nachruf wenig an Tille anzuhängen hätte, das wollen wir ihm als Grabredner augute rechnen; seine Rede läßt sich schon noch ertragen. Kurz und bündig sind die Nachrufe, die die Handelskammer Saarbrücken, deren Syndikus Tille war, sowie die bekannten saarbrückischen Schachmacher-verbände widmen. Dafür aber finden wir noch einen Nachruf, der von den Angehörigen der Bureau der Handelskammer Saarbrücken und der wirtschaftlichen Kreise der Saarindustrie herkommt. Dieser lautet:

Nachruf!

Am Montag, den 18. Dezember 1912, morgens 11 Uhr verstarb plötzlich und unerwartet unser unvergesslicher, guter und hochverehrter Vorgesetzter, der Syndikus der Handelskammer Saarbrücken und Generalsekretär der wirtschaftlichen Vereine der Saarindustrie Herr Dr. Alexander Tille

Herr Dr. Alexander Tille

auf dem Bureau, mitten in der Arbeit an seinem Schreittisch lebend, infolge eines Herzschlages.

Während seiner fast zehnjährigen Tätigkeit war er uns ein Vorbild ehrlichen, vornehmlichen Charakters und lauterer Gesinnung, um ein lieber, guter, von aufrichtigem Wohlwollen besetzter Vorgesetzter mit ganz hervorragenden Eigenschaften. Seine Lebenswürdigkeit im bürgerlichen Verkehr, gepaart mit seinem für sich gewinnenden vornehmen Benehmen, sein unermüdetlicher Fleiß, seine nie rastende Arbeitsfreudigkeit und Unternehmungslust hat jeden mit ihm zusammen Arbeitenden angepörrt, gefangen genommen und mitgerissen. Als ein Mann mit anerkannt seltenen Fähigkeiten und großen Geistgaben hat er es nie, aber auch niemals übersehen, seine ihm Untertelken anders als in humaner, ja in freundschaftlicher Weise zu behandeln. Sein immer offenes Auge in der Direktion, seine Geduld und große Erfahrungen auf jedem Gebiete unserer umfangreichen Arbeitsscheide verblieben ein nie veragendes, gutes und friedliches Einvernehmen. Bei seiner hervorragenden Arbeitskraft, dabei gegen sich selbst rückwärtslos und von nicht zu

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Mr. 1.

Sonnabend, den 4. Januar 1913.

17. Jahrgang.

Der Kampf gegen die Tuberkulose.

Die Tuberkulose rafft immer noch lächelnd in Deutschland mehr als 100 000 Menschen in den besten Jahren dahin. Das ist eine soziale Krankheit, im wahren Sinne des Wortes eine Proletariatskrankheit, die ihre Opfer vornehmlich unter den Arbeitern fordert, weil sie ihre Ursache in den schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen hat, wie nicht mehr bestritten. Der Kampf gegen diese Seuche liegt deshalb auch vor allem auf sozialem Gebiete. Die Frage der Tuberkulosebekämpfung ist eine Wohnungsfrage, eine Lohnfrage, eine Frage der Arbeitszeit, der Arbeitsmethoden, der Betriebsbedingungen, eine Schulfrage, eine Frage der Kinder- und Jugendfürsorge — sie ist die soziale Frage überhaupt. Sie wird daher auch erst mit dem Hand gänzlich verschwinden. Weil die Tuberkulose eine ansteckende Krankheit ist, ist die Prophylaxis, die Vorbeugung, das wesentlichste Bekämpfungsmittel. Manches ist auf allen diesen Gebieten bisher auch schon zur Bekämpfung der Tuberkulose geschehen, aber immer noch viel zu wenig gegenüber dem, was getan werden müßte und könnte. Der kürzlich der Öffentlichkeit übergebene neueste Bericht des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose über den Stand der Tuberkulose-Bekämpfung im Frühjahr 1912 zeigt ja auch wieder von neuem, daß Erfolge bereits erzielt worden sind. Es liegt also in der Macht der menschlichen Gesellschaft, dieser verheerenden Krankheit Herr zu werden — sie muß nur den ersten Willen dazu haben!

Seitens der Invalidenversicherung des Deutschen Reiches sind für das Heilverfahren für Tuberkulose vom Jahre 1897 bis 1910 insgesamt für 818 039 Behandelte 117 089 076 Mark aufgewendet worden, davon im Jahre 1910 allein 17 418 000 Mk. für 45 000 Kranke. Die Zahl aller versicherungspflichtigen Personen, die bis 1910 einschließlich in Heilanstalten wegen Lungentuberkulose waren, betrug 788 815, die einen Kostenaufwand von 177 811 877 Mark erforderten. Die Heilbehandlung Tuberkulose ist hauptsächlich in den eigenen Lungenheilstätten der Versicherungsträger, teilweise in privaten Lungenheilstätten, in Luftkurorten, teilweise in Bädern durchgeführt worden. Ueber die Erfolge dieses Heilverfahrens wird mitgeteilt, daß von den auf Kosten der Invalidenversicherung des Deutschen Reiches durchgeführten Heilbehandlungen beim Abschluß des Heilverfahrens im Jahre 1910 bei 90 Prozent der Behandelten Erwerbsfähigkeit erzielt worden sei, gegen 82 Prozent im Jahre 1905. Aber das bedeutet noch keine dauernde Heilung. Denn von den im Jahre 1905 mit Erfolg behandelten Tuberkulösen blieben nur 84 Prozent bis zum Schluß des ersten, 50 Prozent bis zum Schluß des dritten und 48 Prozent bis zum Schluß des fünften Jahres erwerbsfähig. Teilweise ist immerhin ein dauernder Erfolg eingetreten. Das kommt auch in der Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit im Deutschen Reich zum Ausdruck. In den etwa 348 Orten des Deutschen Reiches mit 15 000 und mehr Einwohnern starben auf je 10 000 Bewohner an Lungenschwindsucht:

im Jahre 1899	22,8
„ „ 1901	20,8
„ „ 1903	19,4
„ „ 1907	17,1
„ „ 1908	15,7

Auch die preussische Statistik weist eine Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit von 17,18 pro 10 000 Einwohner im Jahre 1907 auf 15,17 im Jahre 1911 auf. Immerhin erlagen der Seuche im preussischen Staat 1911 noch 60 095 Personen.

Dieser leider noch viel zu geringe Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit dürfte zum größten Teil auf die Heilbehandlung der Versicherungsbeholdungen zurückzuführen sein. Denn das, was außerdem bisher noch direkt zur Bekämpfung der Tuberkulose geschah, ist verschwindend gering. Die Zahl der Heilstätten beträgt in Deutschland zurzeit 188 mit 14 079 Betten für erwachsene Lungenkranke; darunter befinden sich fünf Anstalten für Kranke verschiedener Stadien. Bei einem durchschnittlichen Aufenthalt von drei Monaten können also jährlich etwa 50 000 Kranke in Heilbehandlung genommen werden. Kinder, welche an ausgeprägter Lungentuberkulose erkranken, können in 21 Kinderheilstätten mit 1852 Betten untergebracht werden. In 100 Anstalten mit 8844 Betten können Tropenulose und tuberkulosebedingte Kinder Aufnahme finden. Aber eine größere Anzahl dieser Anstalten, die überhaupt nur einen winzigen Teil der kranken Kinder aufnehmen können, sind nur in den Sommermonaten geöffnet. Wälderholungsstätten gibt es erst 99, Waldschulen im ganzen Reich nur 16. Auch diese Einrichtungen für die Kinder sind zum größten Teil nur im Sommer geöffnet, selbst die Wälderholungsstätten zum Teil nur während des Tages. Für die Aufnahme der Kranken für die Heilstätten sind 38 Beobachtungsstationen eingerichtet. Am wenigsten aber ist für die Lungenkranke im vorgeschrittenen Stadium der Erkrankung gesorgt. Es sollen zwar 128 besondere Pflegeheime oder Spiegelabteilungen der allgemeinen Krankenhäuser vorhanden sein, aber das hat wenig zu bedeuten. Der weitaus größte Teil der Kranken im vorgeschrittenen Stadium muß in den Wohnungen verbleiben und überträgt hier den Krankheitskeim auf seine Angehörigen. Für diese unheilbar Kranken gibt es zwar etwa 720 Aushilfs- und Fürsorgestellen in Deutsch-

land und außerdem im Großherzogtum Baden 537 Tuberkulose-Aushilfsstellen und in Thüringen 141 selbständige Fürsorgestellen, aber mehr als wohlgeleitete Massagen und einige Almosen können diese Einrichtungen den Schwerkranken nicht bieten. Die Unterbringung gerade dieser Kranken im vorgeschrittenen Stadium in guten Anstalten ist dringend nötig, wenn der Ansteckung entgegen gearbeitet werden soll.

Von der Heilstättenbehandlung haben allerdings die Steinarbeiter recht wenig profitiert. Die Sandsteinwerke werden zunächst schon recht ungern in Heilstättenbehandlung genommen, wie das in Hessen und Schlesien zur Genüge bekannt ist. Uebrigens, wenn ein Steinmetz an Tuberkulose erkrankt ist, so ist Ausschluß aus dem dauernden Gesandnis wohl nur selten vorhanden.

Was auf anderen Wegen zur Bekämpfung der Tuberkulose bisher geschehen ist, darüber vermag auch das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose wenig zu berichten. Die Volksbelehrung über die Tuberkulose, die Tuberkulose-Wandermuseen, das alles ist nützlich und zu fördern. Aber es steht heute fest, daß fast alle Arbeiter, besonders fast alle Arbeiterkinder lateinertuberkulös sind, das heißt, daß sie Bakillen in sich aufgenommen haben. So wie die Arbeiter leben, bei der Arbeit, in den Wohnungen, im Verkehr mit Tausenden von Menschen, unter denen sich fast alle Kranke befinden, können sie sich gar nicht vor der latenten Ansteckung schützen. Was sie verhindern können, ist der Ausbruch der Krankheit, indem sie den Körper gesund und kräftig, das heißt widerstandsfähig erhalten, sich viel in gesunder Luft bewegen, gesund wohnen, wodurch die Krankheitsstoffe wieder ausgeschieden werden. Auf dem Gebiete der Wohnungsreform ist aber noch sehr wenig geschehen, während gerade hier, in ungesunden Wohnstätten, die Ursache des Übels vor allem ihren Sitz hat. Die Kerkel bezeugen die Tuberkulose deshalb heute auch als eine Wohnungsfrage. Die Wohnungsfrage hängt aber auch auf engste zusammen mit der Lohnfrage und mit der Frage der Arbeitszeit. Und so liegt die Lösung der Tuberkulosefrage nicht zuletzt bei den Organisationen, die den Arbeitern eine bessere Lebenshaltung erkämpfen und die deshalb auch jetzt schon das meiste und wertvollste im Kampfe gegen die Tuberkulose leisten.

Konkurrenz dreier Scharfuhrer-verbände.

Der aus der „Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller“ hervorgegangene „Deutsche Industrie-Schutzverband“ (Sitz Dresden) hat nach seiner Gründung ein lebhaftes Expansionsbedürfnis an den Tag gelegt und seine Grenzen weit über die grünlichen Schlagsäume hinausgeschoben. Besonders unter den Textil- und Maschinenindustriellen ist der „Industrie-Schutz“ stark vertreten. Aber auch in der Steinindustrie sind diesem Verbande namhafte Industrielle beigetreten. Die sächsischen Granitmerkschleifer gehören ihm wohl zum überwiegenden Teile an. Und auf der heutigen Hauptversammlung des Verbandes der Steinmerkschleifer (Sitz Berlin) war als Abgeordneter des Industrie-Schutzes Dr. Probst zur Stelle, um in schön gezierter Rede darzulegen, daß keine Organisation betreffs Streikversicherung hervorzuziehen sei, in der Lage sei. — Aber die in Dresden sitzende Delegation ließ es damit nicht genug sein; sie begab sich gleichfalls schnell auf die bewährten Bahnen der schon länger bestehenden beiden großen Zentralorganisationen der Arbeitgeber, des „Reichs deutscher Arbeitgeberverbände“ und der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“, die immer schon in trauter Harmonie ihre scharfmarktschläglichen Zwecke verfolgten. Das heißt, die ihre größte Kraft von vornherein darauf legten, eine Vernichtung oder wenigstens Rahmung der Arbeiterorganisationen in jeder erdenklichen Weise zu betreiben und, soweit dies nicht gelingen wollte, ihren Born an den Mitgliedern der Gewerkschaften anzulassen.

Doch je mehr der Industrie-Schutzverband seine Aufgaben erweiterte, um so mehr erregte er dadurch das Mißfallen der beiden älteren Brüder, die darin nur eine Zersplitterung der Kräfte sahen, und ihre Auslassungen in der Presse zeugten schon immer von wenig Zuneigung zu dem jüngeren Genossen. Als nun aber im Laufe des letzten September der Schutzverband noch dazu überging, sich mit einem Schreiben an die Berliner Handelskammer zu wenden und diese unter Einsendung ihrer Statuten usw. für ihre Bestrebungen zu interessieren suchte, so jagte das, für seine Ausbreitung mitwirkende, da lief den andern die Galle über und sie schüttelten jetzt ihrerseits der Handelskammer ihr Herz einmal gründlich darüber aus, wie sie das Treiben des unbedenklichen Nebenbuhlers einschätzten. Ihr Vorgehen blieb selbstverständlich von der anderen Seite nicht unerwidert — auch die erste kam noch einmal zu Wort — und so erfährt die Welt durch Rede und Gegenrede, daß beide Teile sich gegenseitig eigentlich noch nicht für reif halten, die Interessen der Unternehmer wirkungsvoll genug gegenüber den Angriffen der Arbeiterschaft zu schützen. Die Schreiben sind so interessant, daß wir ihre Hauptstellen wiedergeben wollen. „Reichs- und Hauptstelle“ erklären es zuerst als ihre Pflicht, der Handelskammer Berlin „einige sachliche Aufklärungen“ über den Schutzverband zu geben und bestritten diesem überhaupt das

Recht, neben den beiden Zentralorganisationen mit ihren 89 direkt angegliederten Vereinen, die zusammen 2½ Millionen Arbeiter beschäftigen; eine dritte Zentralstelle der Arbeitgeber herauszubilden. Denn damit entsteht die Gefahr einer tiefgehenden Zersplitterung der Arbeitgeberorganisationen. Dies ist um so bedenklicher, als die drei Gewerkschaftsorganisationen der Arbeitnehmer sich immer mehr zentralisiert haben.“ Und dann heißt es weiter:

„Der Deutsche Industrie-Schutzverband sucht den Anschein zu erwecken, als ob die Industriellen bei ihm gegen alle Arbeiterschwierigkeiten gedeckt seien. Das ist aber keineswegs der Fall. Dadurch, daß der Verband in keinerlei Verbindung mit den beiden zentralen Arbeitgeberorganisationen steht, ist er nicht einmal in der Lage, die Einstellung streikender und ausgesperrter Arbeiter seiner Mitglieder zu verhindern, wodurch sie bei Streiks von vornherein in eine schwierige Lage gebracht werden. Der Industrie-Schutzverband muß infolgedessen in allen Fällen von vornherein darauf bedacht sein, im finanziellen Interesse seiner Gesellschaft auf eine schleunige Beilegung der Differenzen hinzuwirken, und dies kann natürlich nur auf Kosten der Arbeitgeberinteressen geschehen.“

Es kommt hinzu, daß der Industrie-Schutzverband durch seine Tätigkeit den dringend nötigen planmäßigen Ausbau der Arbeitgeberverbände hindert und dadurch der Arbeitgeberbewegung einen unüberwindlichen Schaden zufügt.

Wenn man die Anpreisungen des Industrie-Schutzverbandes liest, könnte man zu der Ansicht kommen, daß er die einzige Organisation ist, die Streikentschädigung an ihre Mitglieder zahlt. Das trifft aber keinesfalls zu. Es bestehen innerhalb der beiden Zentralen eine ganze Reihe von Streikentschädigungsgesellschaften beziehungsweise von Arbeitgeberverbänden, die neben der Bekämpfung unberechtigter Forderungen der Arbeitnehmer die finanzielle Entschädigung ihrer Mitglieder bei Streiks und Aussperrungen zu ihrer Aufgabe gemacht haben. Die beiden Zentralarbeitgeberverbände ihrerseits haben in der „Gesellschaft des Reichs deutscher Arbeitgeberverbände“ zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen“ und dem „Schutzverband gegen Streikschäden“ der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände die Mittelversicherungsanstalten geschaffen, die den einzelnen Gesellschaften und Verbänden einen starken Rückhalt geben. Der Deutsche Industrie-Schutzverband hat seinerseits keine Mittelversicherung. Aber auch einzelne Industrielle haben die Möglichkeit, sich unter Anschluß an die Arbeitgeberverbände gegen Streik zu versichern. Kamenilich ist hierzu bei dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände Gelegenheit gegeben durch die Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft, die nur 1 Mk. Beitrag pro 1000 Mk. Lohnsumme ohne jegliche Nachschußpflichtigkeit erhebt und bis 25 Prozent des täglichen Durchschnittsverdienstes pro Arbeiter und Streiktag als Entschädigung zahlt. Diese Gesellschaft ist für die kleineren Verbände und solche Firmen gegründet, die sonst keine Möglichkeit zum Anschluß an einen Arbeitgeberverband und zur Streikversicherung haben. Eine ähnliche Einrichtung besteht bei der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände. . . . Eines dieser Mittel (zur erfolgreichen Streikabwehr) ist die Streikentschädigung, das aber seinen Wert erst erhält, wenn es durch einen gut organisierten Arbeitgeberverband benutzt wird. Der Deutsche Industrie-Schutzverband nimmt dagegen seine Mitglieder wahllos aus allen Industrien, ohne Rücksicht, ob dieselben in Arbeitgeberverbänden organisiert sind oder nicht. Daß er dadurch die Arbeitgeberorganisationen schwächt, liegt auf der Hand. — Aus diesem Grunde haben die beiden Zentralorganisationen sich wiederholt gegenwärtig gegenwärtig gegen diese, die wahren Interessen der Arbeitgeber schwer schädigende Tendenz des Deutschen Industrie-Schutzverbandes zu wenden. . . .“

Dies ist gewiß allerlei gesagt, und so kann man es dem Schutzverband nicht verdenken, wenn er der Handelskammer von seiner Seite aus nun ein Bild stellt, wie er die beiden Zentralorganisationen einschätzt. Es heißt da unter anderem:

„Der Deutsche Industrie-Schutzverband hat früher ähnliche Angriffe der beiden Organisationen ignoriert, weil die Unwahrscheinlichkeit jedes einseitigen orientierten Industriellen in die Augen springt und diese Angriffe demnach die durch seine positiven Leistungen völlig gesicherte rasche Fortentwicklung des Verbandes nicht gefährden können, vornehmlich aber auch, weil er den gewerkschaftlichen Gegnern nicht die Freude eines Kampfes im eigenen Lager der Arbeitgeber machen wollte, denn bei einer noch so sachlichen Kritik der Tätigkeit und Erfolge der beiden angreifenden Organisationen wäre deren Bloßstellung leider ganz unermesslich.“

Wir würden auch diesmal die unwahren Behauptungen jener beiden Organisationen auf sich beruhen lassen, wenn es sich bei den Angriffen nicht um eine absichtliche Zersplitterung der amtlichen Interessenvertretungen von Handel und Industrie handelte.

Den beiden Organisationen ist bekannt, daß der Deutsche Industrie-Schutzverband im engsten organisatorischen Zusammenhang nicht nur mit dem größten industriellen Landesverband Deutschlands, nämlich dem über 5000 industrielle Betriebe umfassenden Verband sächsischer Industrieller, sondern auch mit dem Bund der Industriellen, sowie den Landesverbänden thüringischer, mitteldeutscher, sächsischer Industrieller, dadurch im ganzen mit 202 lokalen und Branchenverbänden steht. Jenen ist ferner bekannt,

Berwitterung von Werkstein-Fronten.

Nachdruck verboten.

ATK. Im gewöhnlichen Sinne bedeutet Berwitterung die langsame Abnutzung eines Steines unter dem Einflusse von Wasser und Luft. Das Wasser kann sowohl physikalisch wie auch chemisch und mechanisch wirken. In kleine Sprünge der Oberfläche des Steines bringt es ein, wird in ihnen festgehalten und friert dort im Winter. Solche kleine Sprünge sind in vielen Steinen von Natur vorhanden, besonders in solchen mit kristallinischem Gefüge, in anderen können sie als Folge des Witterungswechsels auftreten. Auch der Reibbel des Steinbauers kann sie ins Leben rufen. Der Regen, und noch mehr der Schnee, absorbieren die Säuren aus der Atmosphäre und auch die in dieser schwebenden Rauchmassen. Je nachdem die Festigkeit der Oberfläche mehr oder weniger durch die verschiedenen Einflüsse verlegt ist, wird sie auch mehr oder minder unter der Berwitterung zu leiden haben. Gelockerte harte Körnerchen werden von dem Wasser über weiche Teile geschleift und bilden hier Furchen.

Diese Kräfte arbeiten in der Natur fortgesetzt, jede für sich oder mehrere zusammen. Kein Stein kann ihnen auf die Dauer widerstehen; kein Stein ist absolut wetterfest. Doch müssen wir hier den großen Unterschied machen zwischen der Abnutzung in geologischen Perioden, deren Ausdehnung wir auch nicht annähernd schätzen können, und der Dauerhaftigkeit menschlicher Bauwerke, die sich im hundertjährigen Maße nach Jahrhunderten berechnen läßt. Gewöhnlich sind die äußeren Umstände Bauwerken sogar günstiger als Gesteinen in der Erdkruste. Einem Stein, den man in der Erdoberfläche bloßlegend in festem, unversehrtem Zustand findet, wie es zum Beispiel bei dem Granit Südschwedens der Fall ist, kann man getrost als wetterfest bezeichnen.

Bei vielen sedimentären Gesteinen folgen Sprünge der Richtung der natürlichen Schichtungen. Mit Rücksicht auf das Eindringen des Wassers und die Dauerhaftigkeit ist es daher von hervorragender Bedeutung, den Stein beim Bauen seiner natürlichen Lager-

richtung gemäß zu legen. Endlich kann auch der verwendete Mörtel zur schnelleren Verwitterung des Steins beitragen.

Im Zentralblatt der Bauverwaltung vom 29. August 1908 erstatete Hertel, der Architekt des Kölner Domes, einen Bericht über die Berwitterungserscheinungen, die die Steine dieses berühmten Bauwerkes zeigen. Auf diesen Bericht kommt jetzt Professor van der Kloes, Delft, in einer von The Quarterly veröffentlichten Abhandlung zurück, indem er gleichzeitig einige Ergebnisse von Studien mitteilt. Er führt im wesentlichen folgendes aus: Ich führte einen von Hertel behandelten Fall in meiner Vorlesung bei dem Kongress der Materialien zu Kopenhagen im September 1909 an. Mich frappierte die Gleichartigkeit einiger von Hertel beschriebener Erscheinungen mit denen, die ich an zahlreichen andern Orten mit Bestimmtheit als Folgen schlechten Mörtels erkannt hatte. Aber über die Ursachen der Berwitterung am Kölner Dom sind sich die Gelehrten nicht einig. Die meisten lehnen bei der Schwefelsäure in den Regenwasser zu. Andre suchen die Ursache in der Struktur der Steine und in dem Umstande, daß diese nicht ihrer natürlichen Schichtungsrichtung gemäß verlegt sind. Es mögen verschiedene Ursachen dabei zusammenwirken.

Nach Hertel kann das Herz des Gebäudes als durchaus fest und gesund bezeichnet werden, doch ist die Berwitterung in den äußeren Teilen, und zwar nicht allein an den feinen Skulpturen, sondern auch an verschiedenen Stellen glatter Wandflächen, bedauerlicher, als man bisher annahm. Es zeigt sich nicht nur an der im Mittelalter errichteten Gebäudeteile, sondern auch im Hauptteil aus dem 17. Jahrhundert, die beide im vorigen Jahrhundert erbaut sind, und hier und da sogar an den neuen Türmen und an Teilen, deren Reparatur seit kaum 20 Jahren vollendet ist. Die Verwitterungen beschränken sich nicht auf eine bestimmte Art Stein; der größte Teil der zahlreichen Steinarten, die verwendet wurden, erweist sich als mehr oder weniger angegriffen. Bei dem Tracht vom Trachtenfeld glaubte man die Hauptursache der Verwitterung in dem durch die Bearbeitung erfolgenden Rissen der schlaffen Feldspat (Lagenannte Sandinfraktale) zu finden; andre widersprechen dieser

Ansicht. Aber der Verwendung dieses Steines ist schon seit langer Zeit Einhalt geboten, da die Ritzung die Brüche, die ihn produzierten, angeht und im Interesse der Schönheit der Landschaft gelochten hat.

In den ersten Jahren der Restaurierung des Chores wurden verschiedene andre Trachte des Bergengebietes verwendet, aber bald wieder verworfen; endlich glaubte man ein vorzügliches Material in dem Andesit vom Stengelberg gefunden zu haben, der homogene Struktur mit großer Härte verbindet, und weder Sanidinfraktale noch feinkörnigen Kalk enthält. Aber trotzdem zeigen sich Berwitterungserscheinungen an verschiedenen Stellen des alten und des neuen Gebäudes. Die Oberfläche des Steines lockert sich zunächst in dünnen Schichten, zuerst unregelmäßig und in geringer Ausdehnung, aber fast stets unmittelbar längs einer Fuge. Bald werden die abfallenden Stücken größer, so daß die Farbe des Innern in Streifen längs der Fugen zum Vorschein kommt. Als ob man auf die Steine, so gehen selbst die Teile in der unmittelbaren Nachbarschaft der verwitterten einen klaren Ton und zeigen noch große Härte, so daß man leicht zu dem Schluß kommt, daß die Spuren der Verwitterung dem Einflusse des Mörtels zuzuschreiben sind.

Nachdem ist der Mörtel in vielen Fällen die Ursache dafür, und wenn man in Betracht zieht, daß Wasser, das mit Salzen aus dem Mörtel gesättigt ist, Konglomerate in dem Sande am Fuße eines Brückenpfeilers, an dem es abfließt, bilden kann, wie es an verschiedenen Brücken Hollands, besonders in Gent, gegenüber Timwegen, der Fall ist, so ist es nicht weiter verwunderlich, daß sich eine solche Lösung durch Kapillarität von oben nach unten oder umgekehrt durch große Massen des Bauwerkes verbreiten kann, wie es bei dem Kölner Dom der Fall ist. In der Galerie des Nordportals ist jetzt kaum ein Stein von Stengelberger Tracht vorhanden, der nicht schon angegriffen wäre, obwohl vor fünf Jahren noch keine Spur von Verwitterung zu sehen war.

Besondere Enttäuschung riefen beim Dom die sonst als vorzüglich bekannten Bausteine hervor: Portlender Tracht, Zeit-

Beliebender Ausbauer, war es ihm ein leichtes und eine Freude gewesen, seine nähere Umgebung trotz seiner persönlichen ungeborenen Arbeitslast zu entlasten.

Es ist uns ein wahres Vergnügen, unserem im Tode schwebenden unvergesslichen Vorgänger, Herrn Dr. Alexander Lill, dieses nachzutun, gleichsam zur Auslösung unseres Schmerzes, der uns durch seinen Verlust geworden ist.

Die dankbarer Erinnerung bewahren wir ihm ein ehrendes Andenken.

Saarbrücken, den 10. Dezember 1912.
Die Angestellten
des Bureau der Handelskammer Saarbrücken und der Wirtschaftlichen Vereine der Saarindustrie.

Man muß den Dr. Lill gekannt haben, seine Stellung den Angestellten und Arbeitern und seine Haltung den Arbeitgeber und Menschenrechten gegenüber, um die Liebezeit zu verstehen, die einen beim Lesen eines solchen Nachrufes überkommt. Welchem Ort mag diese elbaste Grieferei und Verkommenheit entspringen sein. Dann nur um solche kann es sich handeln, weil die Süddeutsche Wirtschaftsjetung so kurz nach dem Ableben Lills diesem noch keine Gattin widmet.

Die Rentabilität der Baustoffindustrie.

Die „Baustoff“ bringt darüber folgenden instruktiven Artikel: „In den Monaten Januar bis September 1912 haben insgesamt 240 Aktiengesellschaften der Baustoffindustrie die Ergebnisse des letzten Geschäftsjahres bekanntgegeben. Diese Gesellschaften repräsentierten zusammen ein Aktienkapital von 305,78 Millionen Mark; ihr gesamtes arbeitendes Kapital belief sich auf 408,21 Millionen Mark. Besteres legte sich zusammen aus dem genannten Aktienkapital, 60,29 Millionen Mark Obligationen, 48 Millionen Mark Hypotheken und 49,14 Millionen Mark Reserven. In den einzelnen Gruppen betrug die Zahl der Aktiengesellschaften und die Summe der Kapitalien in Millionen Mark:

	Zahl der Aktiengesellschaften	Aktienkapital	Obligat.	Hypothek.	Reserv.
Steinbrüche	38	28,54	0,00	1,68	2,09
Mörtel- u. Kalkwerke	15	21,17	4,04	5,40	1,81
Ziegeleien	65	85,87	8,25	18,47	4,38
Tonw., Chamottefabr.	32	50,04	6,71	7,86	12,90
Zementfabriken	76	150,24	42,84	11,61	24,48
Uebrig. Baumaterial	25	20,81	2,40	2,07	2,78

Ein Vergleich der in den letzten beiden Geschäftsjahren erzielten Dividendenresultate läßt sich nur bei 204 Gesellschaften durchführen. Das gesamte Aktienkapital derselben ist von 278,92 Millionen Mark auf 279,78 Millionen Mark angewachsen. Die Summe der verteilten Dividenden erhöhte sich von 14,08 Millionen Mark auf 16,88 Millionen Mark. Hiernach ergibt sich ein durchschnittliches Steigerung des Dividendenbetrags von 5,1 auf 5,9 Prozent. Die Entwicklung der Geschäftsergebnisse in den einzelnen Zweigen der Baustoffindustrie ergibt sich aus nachstehender tabellarischer Uebersicht:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital		Dividende	
		1910/11	1911/12	1910/11	1911/12
Steinbrüche	24	20309	22256	940	938
Mörtel- u. Kalkwerke	14	19822	19172	906	1030
Ziegeleien	52	30085	30169	928	878
Tonw., Chamottefabr.	24	44005	44505	4008	4274
Zementfabriken	69	144789	145609	9079	9085
Uebrig. Baumaterial	21	18005	18167	1203	1801

Am günstigsten haben auch im letzten Jahre die Tonwerke und Chamottefabriken abgezeichnet, deren Dividende um 3,7 Prozent über dem Gesamtdurchschnitt aller Gesellschaften der Baustoffindustrie steht. Eine Steigerung des Dividendenbetrags um durchschnittlich 0,8 Prozent erzielten die Mörtel- und Kalkwerke. Die günstigste Wirkung der Preissteigerungen und Karistelle in der Zementindustrie kommt in der Erhöhung der Durchschnittsdividende um 1,4 Prozent zum Ausdruck.

Die Bewegung der Abschreibungen in den letzten beiden Jahren läßt sich bei 209 Aktiengesellschaften der Baustoffindustrie verfolgen. Das gesamte Aktienkapital derselben belief sich bei Aufstellung der jüngsten Bilanz auf 285,75 Millionen Mark, ist also gegen das Vorjahr um 8,13 Millionen Mark gestiegen. Die Summe der Abschreibungen wurde von 10,28 Millionen Mark auf 10,60 Millionen Mark erhöht. Im einzelnen entwickelten sich die Abschreibungen wie folgt:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital		Abschreibung	
		1910/11	1911/12	1910/11	1911/12
Steinbrüche	28	24880	28242	1437	1742
Mörtel- und Kalkwerke	13	17522	17072	848	1211
Ziegeleien	51	30118	30828	1837	2710
Tonwerke, Chamottefabriken	28	47878	47878	1878	1980
Zementfabriken	68	145320	146060	9259	11045
Uebrig. Baumaterial	23	17895	18647	1092	908

Demnach ist in allen Gruppen — mit Ausnahme der „Uebrigen Baumaterialien“ — die Summe der Abschreibungen gegen das Vorjahr gestiegen.

Für einen Vergleich von Reingewinn und Verlust lassen sich die Bilanzen von 235 Aktiengesellschaften verwenden. Von diesen haben im letzten Jahre 189 Gesellschaften mit 259,29 Millionen Mark Aktienkapital einen Reingewinn von 99,82 Millionen Mark erzielt. Die übrigen 52 Gesellschaften, deren gesamtes Nominalkapital 88,28 Millionen Mark betrug, hatten Verluste in Höhe von 5,53 Millionen Mark zu verzeichnen. Im Vorjahre ergab sich bei 177 Aktiengesellschaften mit 247,98 Millionen Mark Nominalkapital ein Reingewinn von 25 Millionen Mark, während 58 Gesellschaften, deren Grundkapital 46,31 Millionen Mark betrug, mit einem Gesamtverlust von 12,08 Millionen Mark abzeichneten. Bei sämtlichen 235 vergleichbaren Aktiengesellschaften ist der Reingewinnüberschuss im letzten Jahre von 12,87 Millionen Mark auf 20,24 Millionen Mark angewachsen. In Prozenten des jeweiligen Aktienkapitals ergibt sich eine Steigerung des Reingewinnüberschusses von 4,2 auf 6,8 Prozent.

Die Entwicklung von Reingewinn und Verlust in den wichtigsten Gruppen der Baustoffindustrie ergibt sich aus nachstehender tabellarischer Uebersicht:

	Jahr	Zahl der Aktiengesellschaften	Aktienkapital	Reingewinn	
				1910/11	1911/12
Steinbrüche	1910/11	22	30,77	+ 1,85	
	1911/12	8	5,21	- 2,58	
Mörtel- und Kalkwerke	1910/11	21	22,17	+ 2,00	
	1911/12	9	5,18	- 1,23	
Ziegeleien	1910/11	12	17,80	+ 1,86	
	1911/12	2	2,02	- 0,28	
Tonwerke, Chamottefabriken	1910/11	13	18,25	+ 1,41	
	1911/12	1	0,82	- 0,03	
Zementfabriken	1910/11	44	22,79	+ 1,92	
	1911/12	19	11,06	- 1,99	
Uebrig. Baumaterial	1910/11	17	8,89	+ 1,51	
	1911/12	21	43,39	+ 5,51	
Zementfabriken	1910/11	9	4,06	+ 0,73	
	1911/12	22	44,65	+ 6,80	
Uebrig. Baumaterial	1910/11	8	3,79	+ 0,78	
	1911/12	59	127,65	+ 12,20	
Zementfabriken	1910/11	16	21,95	+ 6,59	
	1911/12	62	181,01	+ 15,58	

Die Steinbrüche, die im Vorjahre noch mit einem Verlustüberschuss von 0,71 Millionen Mark abzeichneten, haben diesmal einen Reingewinnüberschuss von 2,77 Millionen Mark zu verzeichnen. Bei den Mörtel- und Kalkwerken erhöhte sich der Reingewinnüberschuss von 1,07 Millionen Mark auf 1,88 Millionen Mark. Bei den Tonwerken und Chamottefabriken ergab sich eine Steigerung von 4,78 Millionen Mark auf 5,51 Millionen Mark. Der Reingewinnüberschuss der Zementfabriken betrug 6,00 Millionen Mark auf 10,08 Millionen Mark angewachsen. Bei den Ziegeleien überstieg im letzten Jahre der Reingewinn den Verlust um 0,80 Millionen Mark, während im Vorjahre der Verlust überwog.

Erdrösselung der Lohnbewegung der Saarbergleute.

Die Lohnbewegung der Saarbergleute ist am 30. Dezember in der Konferenz der christlichen Vertrauensmänner erdröselt worden. Der bekannte christliche Generalsekretär Stegerwald leitete die Erdrösselungsdaktion. Unter ungeheurem Tumult wurde per Affirmation abgestimmt, aber keine Auszahlung der Stimmen vorgenommen. Anträge auf geheime Abstimmung wurden nicht beachtet. Eine große Anzahl der Delegierten machte ihrer Empörung über diese Abschlägung der Bewegung in kräftigen Worten Luft. Die der Konferenz aufgesetzene Resolution sagt über die Arbeitsordnung, daß die Handhabungsmöglichkeiten der neuen Arbeitsordnung, mit der die Arbeiter benachteiligt werden konnten, durch die jetzt vorliegende rechtsgültige Auslegung beseitigt seien; zur Lohnfrage heißt es, daß in den Monaten Oktober, November und Dezember nach den neuesten Nachweisungen der Bergwerksdirektion eine Erhöhung der Löhne bereits erfolgt und in weitesteter Form eine Lohnsteigerung, die schon Januar bemerkbar sein soll, zugesagt worden sei. In einer solchen Lage fehle einem Arbeiter am 2. Januar der ausreichende Anlaß. Die Konferenz fasse daher diesen Beschluß: Es tritt ein vorübergehender Waffenstillstand ein, und wird eine Kommission eingesetzt, die folgende Aufgaben zu erfüllen hat: Material über die verprochenen Lohnsteigerungen zu sammeln, Ermittlungen über Lohnunterschiede in den einzelnen Inspektionen herbeizuführen, die wichtigsten Ursachen zusammenzustellen, die die Rentabilität der Saargruben ungünstig beeinflussen, und Abänderungsvorschläge zu deren Beseitigung auszuarbeiten, ferner festzustellen, mit Rücksicht auf die Verzögerung der Schlußperiode der Lohnunterhandlungen vorgenommen werden, und zu ermitteln in welcher Weise die Entlohnung der Unfallrentner durchgeföhrt ist. Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß Abänderungen der Arbeitsordnung mindestens vier Wochen vor Erlaß derselben den Arbeiterausschüssen aufgestellt werden und diesen Ausschüssen Vorschläge gegeben werde, solche Vorschläge zu beraten und Gegenvorschläge zu machen. Die Konferenz fordert sodann nochmals nachdrücklich die gänzliche Beseitigung der veralteten Strafe der Ablegung, eine halbjährige Erhöhung der Säuerlichkeitslöhne und Vermeidung aller großer Lohnunterschiede bei den Bedingungenlöhnen, sowie Erhöhung der Löhne der Tagesarbeiter und anderer Schichtlöhnergruppen, die eine Lohnsteigerung noch nicht erhalten haben.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

- Am 1. Januar 1913 treten die statutarischen Änderungen in Kraft, die von der Generalversammlung in München beschlossen worden sind, u. a.:
 - Erhöhung der Reiseunterstützung auf 1 Mark pro Tag.
 - Beratsung der Kassenzeit in Krankheitsfällen von 7 Tage auf 8 Tage. Die Unterstützungsberatung beginnt also mit dem 4. Tage der Krankheit.
 - Erhöhung der Sterbenerstattung nach siebenjähriger Mitgliedschaft auf 50 Mark; für kürzere Mitgliedschaftsdauer bleibt die bisherige Satz von 30 Mark. Für weibliche Mitglieder beträgt die Unterstützung 20 bzw. 30 Mark.
- Des weiteren sind die Zahlstellenverwaltungen zur Kenntnis, daß ein neuer „Zeitfaden“ Anfang Januar zum Versand gelangt. Neue Zeitfäden für 1913 sind bereits vorrätig; sollte eine Zahlstelle überfällig sein, ersuchen wir um Mitteilung. Die Ansteller der Reisekarten werden um Beachtung der statutarischen Bestimmungen ersucht (§ 5, Absatz 4, a bis d); auch auf diese Bestimmungen auf der Rückseite der Reisekarte abgedruckt. Auf alle Reisekarten darf nach dem 31. Dezember 1912 keine Unterstufung ausgegahlt werden.
- Die alten Reisekarten, soweit Unterstufung darauf ausgegahlt wurde, sind nach Liebertragung der empfangenen Unterstufung in die Mitgliedsbücher unbedingt an den Verbandsvorstand einzuliefern.
- Für 1913 sind folgende Zahlstellen als Reiseunterstützungsausgabestellen neu hinzugekommen: Danzig, Gera, Kottbus, Guben, Neustettin, Rastmannsfelden.

Die Expedition hat zum Vorstand des „Steinarbeiter“ die Adressen neu drucken lassen. Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, bei Neuwahl in der Adresse der örtlichen Empfänger soviel wie möglich keine Änderung vorzunehmen.

Korrespondenzen.

Wiesbaden. Am 15. Dezember fand im Gasthaus „Kammern“ eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Zu Punkt 1 referierte Kollege Zahn über Unternehmervorstände. Er verstand es, den Kollegen klar vor Augen zu führen, wie sich die Untereiner zusammengesetzt haben. Zu Punkt 2 gab der Kassierer die Abrechnung vom 8. Quartal bekannt, welche von den Neujozern geprüft und für richtig befunden wurde. Hierauf wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Zu Punkt 3, Zentralisation, gab Kollege Zahn einige Worte über die Verschmelzung mit der Zahlstelle Demitz-Elmzig, da aber leider die Versammlung so spät besucht war, mußte der Punkt vertagt werden. Die Kollegen schienen es nicht für nötig zu halten, die Versammlung zu besuchen. Es sind immer nur ein und dieselben anwesend.

Dresden. Am 16. Dezember fand die übliche Monatsversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom Vergangenen. Es ergab sich ein Defizit. Besteres wäre nicht entstanden, wenn sich die Kollegen zahlreicher daran beteiligt hätten. Die neue Tarifvorlage wurde bekanntgegeben. Die Kollegen gaben ihre Zustimmung. Es wurde betont, da die Forderungen minimal sind, auch an diesen festzuhalten. Im Punkt Verschiedenes entstand eine lebhafteste Debatte über den neuen Bau der Festhalle zur Jahrhundertfeier im Jahre 1913. Hierbei bemerkte, wird dieses kolossale Gebäude ganz aus Eisenbeton hergestellt. Auf wackrigen Pfeilern ruht eine gewaltige Kuppel von 65 Meter Spannweite. In früheren Jahren wäre hieran sicher viel Sandstein verwendet worden. Die Augenleuten dieser Gewände werden werktätig und häufig bearbeitet. Es ließ eine Firma einen Aufdruckmeister zum Studen der Flächen kommen, welcher sich aber nicht bewährte. Zurzeit arbeiten an dem Bau circa 40 Kollegen. Würden diese Arbeiten jetzt nicht gemacht werden, wäre hier eine große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Ein Uebelstand ist vorhanden, indem an der kleinen Halle ein Kollege aus Nürnberg als Zwischenschlichter fungiert. Selbiger brachte sich mehrere Mann mit, und hiesige Kollegen, die um Arbeit nachfragen, wurden nicht eingelassen, bis auf einige. Leider wird die Arbeitszeit

an der kleinen Halle nicht eingehalten, indem noch feste bei Licht gearbeitet wird. Betreffs der großen Halle sehen wir uns mit den sozialdemokratischen Stadtvorordneten in Verbindung, damit hiesige Kollegen beim Einstellen berücksichtigt werden. Weiter wurden zwei kranken Kollegen je 10 Mark bewilligt.

Bunzlau. Am 17. Dezember tagte im Gasthof zur Postung unsere diesjährige Generalversammlung. Die Tagesordnung war eine reichhaltige, da nicht weniger wie sieben Punkte auf derselben standen. Zunächst wurden die Wahlen vorgenommen. Als Vorsitzender wurde Kollege Richter, als Kassierer Kollege Wolf, als Schriftführer Kollege Kachmann, als Neuloren die Kollegen Dorn und Thomae gewählt. Als Kartalbelegierte wurden die bisherigen Kollegen Richter und Scholz, in die Tarifkommission die Kollegen Kreis und Burggraf gewählt. Die Wahl als Ersatzkandidat zum Beirat fiel auf den Kollegen Kreis. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl an. Dem bisherigen Kassierer, Kollegen Feinigen, sprach die Versammlung für seine langjährige und gewissenhafte Geschäftsführung ihren Dank aus. Den Bericht der letzten Delegiertenversammlung gab Kollege Wolf, an den Bericht schloß sich eine längere Diskussion. Hauptächlich wurde über die Zulieferer in hiesigen Distrikt Markt debattiert. Anschließend gab Kollege Fritz Scholz Bericht von der letzten Karistellung. Das Kartal hat sich mit der Frage betrefis Errichtung einer Nechtsanstaltsstelle befaßt und sollen nun die Gewerkschaften dazu Stellung nehmen. Die Versammlung ist prinzipiell für Errichtung einer Rechtsanstaltsstelle, es wurde dahingehend in Antrag gestellt und angenommen. Im Verlaufe kamen das Verhalten des Kollegen Kurt Scholz zur Sprache. Selbiger hätte es verstanden, vom dem Kassierer 10 Mark zu viel Kranzengel zu erhalten, hat es aber bis jetzt noch nicht wieder zurückgezahlt. Da selbiger in der Zeitankast ist und trotz Aufforderung des Vorsitzenden noch nicht geantwortet hat, so wurde beschlossen, ihn aus der Mitgliederliste zu streichen. Mit einem Appell an die Kollegen, im neuen Jahre noch tüchtiger und fester zusammenzustehen, schloß der Vorsitzende die arbeitsfreie Versammlung.

Dormund. Eine sehr Wohlwollende Besichtigung der Kollegen, welche zurzeit bei den Zwickauer Eisenwerken der Kupferdreher Kunststeinerwerke arbeiten, von einem dieser Unteroffizianten. Als solcher arbeitete der selbiger Kassierer von Kupferdreher Fritz Wölver mit 8-9 Kollegen zusammen. Von hat dieser Wölver, nachdem er am Sonntag, den 21. Dezember, von seinen der Kupferdreher Firma 300 Mk. erhalten hat, es „vergessen“, die übrigen Kollegen abzulöhnen und ist seitdem von hier verschwunden. Worüber Kollegen, welche gern zu Wohlwollenden verreisen wollten, wurde durch diesen Ungehörigen ein bitterer Strich durch die Rechnung gemacht. Die benachteiligten Kollegen erlitten sämtliche Vertrauensleute und Kollegen, falls sie den Aufenthalt des Wölver kennen, dies der Ortsverwaltung von Dormund mitzuteilen. Hoffentlich kann dieser Schuft bald hinter Schloß und Riegel geföhrt werden.

Eibelfeld. Am 14. Dezember fand eine Steinarbeiter-Versammlung, die äußerst gut besucht war, im Restaurant Frey statt. Kollege Kohls hielt ein Referat über die kulturellen Erfolge der Gewerkschaften. Einige Kollegen nahmen in der Diskussion das Wort und gaben ihre Zustimmung. Kollege Schmidt erwähnte unter Punkt Verschiedenes das unzulässige Verhalten der Kollegen der beiden Orte Eibelfeld und Rottenbauer. Schmidt forderte, daß beide Teile ein andres Gebaren an den Tag legen müssen, wenn man dem Gewerkschaften etwas abringen will. Die hiesigen Kollegen versprachen, in Zukunft mit den Rottenbauerer Kollegen wieder so zu verfahren wie es der Arbeiterschaft und der Arbeiterschaft würdig sei. Weiter wurde noch erwähnt, daß der Kollege Kohls, auf Grund einer Hauptung, in der Zahlstelle Eibelfeld seien die Kassengeschäfte nicht in Ordnung, dieselben prüfte und alles ordnungsgemäß vorband. Kohls stellte auch fest, daß die Behauptung, die auf einer Konferenz gemacht wurde, für den Kollegen Mich. Bezel seien in den Jahren 1910 und 1911 in die Interimskarte keine Beitragsmarken gestellt worden, der Wahrheit nicht entspreche. Kontrollkarte, Interimskarte und Beitragskarte stimmen vollständig überein. Das in der Versammlung festzustellen, war eine Notwendigkeit, damit die unwahren Behauptungen, die geeignet sind, die Zahlstelle herabzusetzen, zurückgewiesen werden können.

Floß. Am Sonntag, den 3. Dezember, tagte in der Nachbarnzahlstelle Floßbürg eine öffentliche Bezahlungsverammlung, welche sehr gut besucht war. Kollege Mittermeier entlegte sich unter vollem Beifall der Anwesenden seines Referats über das Thema: Die kommende Lohnbewegung. Besonders den Hoffenblügerer Kollegen sagte er manche Wahrheit. Beim Tarifschluß waren sie dabei, dann aber brühten sich einige aus dem Verband. Über auch diese Kollegen werden es noch lernen, wo ihre Rechte gewahrt werden. Im Laufe der Diskussion ging Kollege Senft besonders auf die lokalen Verhältnisse betr. der Tarifauslegung ein. Ebenfalls hatte er auch die alten Kartalgeber über die Indifferenzen wieder anzusprechen. Diese Indifferenzen können nicht die Ursache gebrungen, sie würden nicht aufgeföhrt, denn die befaßigten Kollegen der zwei Zahlstellen gaben und geben sich noch die bestmögliche Mühe, auch den letzten Mann aufzuföhren. Nach 2 1/2 stündiger Dauer nahm die sehr imposante Versammlung ihr Ende. Auch ließen sich drei Kollegen in den Verband aufnehmen.

Forbach (Murgtal). Hier fand am 20. Dezember eine stark besuchte Steinarbeiter-Versammlung statt. Es sind hier zurzeit etwa 70 Granitarbeiter beschäftigt, welche zum größten Teil dem Verband zugehörig werden können. Kollege Gegerfurter ließ sich die Verbandsangelegenheiten sehr angelegen sein, er verteilte auch zukünftigen „Steinarbeiter“. Die Anwesenden waren sich einig, daß es am besten wäre, wenn eine Zahlstelle gegründet würde. Doch darüber werden wir noch mit dem Gauleiter korrespondieren. Bemerkenswert ist, daß wir schon eine ansehnliche Zahl von Mitgliedern angeworben haben. Ein Teil der Bezaßigten sind Italiener, welche sich aber dem Verband gegenüber sehr geneigt zeigen. Die Versammlung nahm einen sehr harmonischen Verlauf. Die Kollegen werden ihr Möglichstes tun, um im Murgtal dem Verband einen schönen Stützpunkt zu schaffen. Hoffentlich sind auch in der nächsten Versammlung die Kollegen so zahlreich zur Stelle.

Welsch. Am 14. Dezember tagte im Potsdamer Boje eine Mitglieder-Versammlung. Nach Eintritt in die Tagesordnung erstattete Kollege Königeder den Kartalbericht. Sehr beifällig wurde die Forderung eines Vertrags aufgenommen, nach welchem die Kartalbelegierten keiner Zahlstellen in ihrem Mitbestimmungsrecht geschädigt werden sollten. Nachdem aus der Vorsitzende einen Ueberblick über die Tätigkeit des Vorstands in diesem Jahre. Zu ersten Differenzen ist es erfreulicherweise nicht gekommen, was nur unserer geschlossenen Organisation zu danken ist. In den Vorstand wurden Spanzig als erster und Heitschel als zweiter Vorsitzender, Guste als Kassierer und Mich als Schriftführer wiedergewählt. Im Verschiedenen wurde auch das Verhalten einiger abtrünniger Kollegen einer Kritik unterzogen, welche jetzt von einem Verbands zum andern laufen, um sich unter allen möglichen Vorwänden dort anzumelden.

Siedlich (Raußig). Am 29. Dezember fand beim Kollegen Rudolf eine Steinarbeiter-Versammlung statt, in der Kollege Beyer-Demitz über die Tarifverträge referierte. Er machte die Kollegen auch auf die bestehenden Differenzen aufmerksam; alles müsse für die Zukunft notiert werden, damit bei der nächsten Tarifverhandlung genügend Material in den Händen der Kollegen sei. Beim 2. Punkte wurde vom Kassierer Sühner auf die Unterstufung zweier Kollegen hingewiesen. Das Bekanntgeben der Verhandlungen geschieht in üblicher Weise durch Zettel ausgeben. Das Besuchen der Arbeiter-Versammlungsstellen in Charlottenburg wurde empfohlen. Die Verhandlung nahm einen sehr schönen Verlauf. Erfreulich ist es, daß die Diskussionen in so sachlicher Weise erfolgen. Wir werden auch im neuen Jahre bemüht sein, alles für den Verband zu tun. Die Zahlstelle Siedlich soll in der Oberlau ein Bollwerk sein, dafür haben wir alle zu sorgen.

Rundschau.

Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Antern 29. Dezember wird uns aus München geschrieben: In den heute unter dem Vorsitz des Gewerbevereins, als Direktors Dr. Preiner begonnenen Vorverhandlungen behufs Abschließens eines Tarifvertrags für das Baugewerbe wurde vor allem beschlossen, daß zu den Verhandlungen nur die bisherigen Vertragsstellen zugelassen werden sollen. Bei der Besprechung der Sache ergab sich folgendes: Sämtliche Vertragsstellen stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt des Tarifvertrags, den sie als zuzusetzende zweckmäßigste Form der Regelung der Arbeitsverhältnisse ansehen. Die Parteien wünschen auch unter Ausschaltung eines Kampfes wiederum zu einem Tarifabschluß zu gelangen. Allseitig besteht indes die Auffassung, daß der bisherige Vertrag im Vollzug eine Reihe von Mängeln gezeigt hat, die in einem zukünftigen Vertrag behoben werden sollen. So soll insbesondere größere Klarheit über die Arbeitsarbeit, über den Arbeitsnachweis, über den persönlichen und sachlichen Geltungsbereich des Vertrags sowie über die tariflichen Instanzen geschaffen werden.

Von Seiten der Arbeiterverbände wird als prinzipielle Forderung eine Erklärung des Arbeitgeberbundes verlangt, daß eine allgemeine Lohnhöhung garantiert wird, das heißt, es sollen die Bezirks- bzw. örtlichen Verbände angewiesen werden, über Lohn-erhöhungen zu verhandeln, und eine solche zu bewilligen. Sodann sollen die Forderungen gegenüber dem Verlangen der Arbeitgeberorganisationen auf Verkürzung der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Gewährung eines Lohnausgleichs beschränkt werden. Ferner sollen vorerst örtliche Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit stattfinden und soll erst danach in die Beratung und Festlegung des Hauptvertrags und des Vertragsmusters eingetreten werden.

Demgegenüber erklärten die Vertreter des Arbeitgeberbundes folgendes: „Sollten sich die Bezirksverbände des Arbeitgeberbundes mit den Bezirksvertretungen der Arbeitnehmerorganisationen auf örtliche Lohnhöhen einigen, so will die Bundesleitung dem nicht entgegenstehen. Der Arbeitgeberbund ist jedoch nicht in der Lage, die verlangte Garantie für eine allgemeine Lohnhöhung zu übernehmen, kann auch keine allgemeine Anweisung auf Lohn-erhöhung geben. Im Verhandlungen in den Bezirken überhaupte zu ermöglichen, hält es der Arbeitgeberbund für unerlässlich, daß der Hauptvertrag ausschließlich des Vertragsmusters zwischen den Zentralverbänden vorher abgeschlossen wird. Sollten sich der Vereinbarung des Hauptvertrags und des Vertragsmusters unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, so ist der Arbeitgeberbund bereit, den jetzigen Vertrag bis zum 31. März 1918 unverändert zu verlängern.“

Ferner wird vom Arbeitgeberbund die Einbeziehung der Betonarbeiter in den Tarifvertrag gefordert, wozu die Arbeiterverbände keine zureichende Stellung einnehmen können. Sämtliche Parteien halten an diesen Erklärungen fest. Die Vertreter der Arbeiterverbände erklären schließlich, daß sie auf weitere Verhandlungen über den gesamten Inhalt des Hauptvertrags und des Vertragsmusters noch nicht vorbereitet seien und daher hierüber heute nicht verhandeln könnten. Hierauf werden die Verhandlungen in alleinigem Einverständnis auf den 21. bzw. 22. Januar 1918 vertagt. Die Verhandlung soll in Berlin wiederum unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Preiner stattfinden.

Was die Unternehmer wünschen!

Die Herren Unternehmer sind keine großen Freunde der Tarifgemeinschaften. Nicht dem eigenen Triebe, sondern nur dem Zwange gehorchend, liegen sie sich nach und nach durch die erharkte Gewerkschaftsbewegung beeinflussen, Tarifverträge abzuschließen. Unsere Kollegen wissen aber aus eigener Erfahrung, daß gerade in der Steinindustrie der Tarif durch die Führung von den Unternehmern sehr große Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Unzählige Streitigkeiten, welche unsere Kollegen durchkämpfen mußten, damit die Tarifbezahlung innegehalten wurde, könnten wir aufzählen. — Am eigenartigsten aber treibt es die Firma Burger in Baumhölzer (Sachsen). Differenzen sind bei jener Firma keine Seltenheit. Aber wie die Firma Tarifverträge achtet, zeigt nachstehende Erklärung, welche sie unterschreiben läßt:

Ich erkläre hiermit, daß mich die Firma Granit- und Diabaswerke Paul Burger, Ingenieur, Baumhölzer, nur aus besonderen (!) Entgegenkommen eingestellt hat und be-
meint, daß ich meine sämtlichen Arbeiten 10 Prozent unter den ständigen Tariflöhnen ausführen werde.
Einen Anspruch auf die sich zwischen meinem Tariflohn und Stundenlohn und den entsprechenden Löhnen der andern Arbeiter sich ergebende Differenz habe ich nicht, auch dann nicht, wenn ich austrete.
Sicherlich werden viele Firmen Herrn Burger beneiden, weil er sich solche „Hilfsarbeiten“ leisten kann. Die Granitarbeiter tun gut, die Burger'schen Betriebe zu meiden. Die Erklärung, welche sich die Firma unterschreiben ließ, ist sicherlich rechtsungültig, Gültigkeit hat nur der Tarif.

Steininger kontra Lutz. Im Oktober vorigen Jahres haben wir über die Schöffengerichtsverhandlung zu Burg, in welcher die Angelegenheit des verurteilten Kollegen Georg Steininger zur Verhandlung kam, berichtet. Der Prozeß erregte großes Aufsehen, indem Direktor Lutz, der sich an der Prügelei beteiligte, mit 10 M. Geldstrafe weglief. Steininger erhielt wegen Arbeitswilligenbelästigung 2 Tage Gefängnis. Er legte gegen beide Urteile Berufung ein. Der Vorgang spielte sich folgendermaßen ab: Am 24. April 1912, gegen 17 Uhr abends, wurde ein Trupp von 10 arbeitswilligen Polen in Reich und Glied unter Aufsicht zweier Meister von ihrer Arbeitsstelle in den Arbeiterhaus- und Porphyrgewerken nach ihren Wohnungen in Dorf Zwodau geführt. Unterwegs sprachen jedoch der Gauleiter unseres Verbandes, Steininger, die Polen an und forderte sie auf, sich als Protestanten zu fassen, nicht den Familiennamen das Brot wegzunehmen und sich nicht wie Soldaten führen zu lassen. Die begleitenden Meister wollten aber das Wort „Zuchthausler“ gehört haben. Da kam der schon wiederholt wegen Gewerbevergehens bestrafte Steinbrüchler Lutz und befahl den Meistern, zu verhalten, nachdem dieser sich geweigert hatte, seinen Namen zu nennen. Er feste sich jedoch zur Wehr, und es entspann sich nun zwischen dem Meister Schramm und Steininger eine zehn Minuten lange Kampfarei, bei der beide auf dem Boden lagen. Jedoch: jedoch, wenn Steininger die Distanz zu gewinnen schien, griff der Direktor mit ein, indem er mit einem Eisenstab auf St. los-
schlug, so daß der Stein in Stücke sprang. Er hat dadurch eine Kopf-
wunde und außerdem Arztkosten am Gesicht und Hals davon-
getragen. Als er endlich matt geworden war, forderte Meister Schramm den Direktor an, ihn nur jetzt allein machen zu lassen, er wolle jetzt St. das Gas abbrechen“. Als er nun am Hülfe hörte, ließen die Arbeiter von ihm ab. Mani Streichhaken hatten sich während der Mißhandlung ihres Kollegen passiv verhalten, jeden-
falls aus Furcht vor den Polen.

Kammer wurde gegen den Direktor wegen „harter Körper-
verletzung“ und gegen den Gauleiter wegen Verletzung des § 153
der Gewerbeordnung Klage erhoben. Vor dem Schöffengericht
in Burg, das am 2. Oktober verhandelte, hatte der Direktor gel-
den gemacht, er sei berechtigt gewesen, den Gauleiter zu verhaften,
weil dieser die Kammerverletzung verweigert hatte. Das Schöff-
engericht ließ zwar auch Miße merken und erkannte nur wegen Ueber-
gründung des Notwehrrechtes auf ganze zehn Mark Geld-
strafe. Zugleich verurteilte das Gericht den Streikleiter wegen
Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung zu zwei Tagen
Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte Steininger beim Land-
gericht zu Leipzig Berufung ein. Der Termin fand am 29.
Januar statt. Selbst der Staatsanwalt erlaubte an, daß die Strafe

sie den prägelastigten Direktor zu milde bemessen sei, denn es läge
gemeinschaftliche und gefährliche Körperverletzung vor. Der Ver-
teidiger nannte zutreffend die sogenannte Verhaftung eine ge-
meinschaftliche Verprügelung. Inzwischen verwarf das Land-
gericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Müller die
Berufung, so daß es bei den vom Schöffengericht ausgesprochenen
Strafen verbleibt. In der Begründung stellte sich das Gericht auf
den Standpunkt, daß der Direktor berechtigt war, den Gauleiter
zu arrelieren, als dieser bei einer Ungeleglichkeit betroffen wurde
und sich weigerte, seinen Namen zu nennen. Gewalt nur an-
gewendet worden, um den Widerstand des Gauleiters zu brechen!!!
Der Direktor habe bloß deshalb mit dem Stab geschlagen, damit
Steininger ihn nicht weiter mit den Füssen kicke. (!) Es sei nicht zu
verwundern, wenn der Direktor seinem Meister zu Hilfe kam, als
Steininger oben auf zu kommen schien.

Lutz wollte während der Verhandlung den Zeugen Hiers
hineinreden; Dr. Marschner ließ ihm dies jedoch einen ziemlichen
Stauher zutommen. Dem Direktor war diese Verhandlung sicher-
lich sehr unangenehm, denn er wechelte öfters seine Farbe. Ja der
Gerichtshof ist nicht der Steinbrüchler. Stolz können die Herren
Lutz und Schramm auf ihre Taten sicherlich nicht sein. Unbarm-
herzig muß man sich, daß Lutz an: Lutz so gelinden Strafe davonkam.
Geradezu lächerlich wirkte es, als sich der ehemalige Feldwebel
Lutz auf „Notwehr“ hinausredete wollte.

Verächtlicher Umfag. Die Marmorwerke „Rieser“ in Kle-
berfeld (Oberbayern) hatten im Jahre 1912 einen Umfag in Höhe
von 2,4 Millionen Mark. 1911 betrug der Umfag 1,77 Millionen
Mark. Wie berichtet wird, liegen für dieses Jahr schon bedeutende
Bestellungen vor.

Steinvergebungen! Zum Jahresbeginn wurden uns nach-
stehende Steinvergebungen bekannt: Charlottenburg: 100 000
Meter Granitbordschwellen, 600 Quadratmeter Granit-
platten; Eisenbahndirektion Bln: 885 000 Kubmeter Stein-
schlag; Eisenbahnbetriebsamt Götting: 6000 Quadratmeter Steinpflaster;
Postbauamt Leipzig: Steinmearbeiten für die 24. Bezirks-
schule; Bauamt Altheim (Stuhr): Werksteinarbeiten für das
Rathaus; Bischöfliches Bauamt in Freiburg: Steinmearbeiten
für ein Pfarrhaus in Seelbach, Amt Lahr.

Gründung eines Baugewerksverbandes für Leipzig. Die in
Leipzig bestehenden baugewerblichen Arbeitgeberverbände und In-
nungen haben sich zu einem Baugewerksverband für Leipzig zu-
ammengeschlossen. In einer am 17. Dezember im Siebenmänner-
haus abgehaltenen, von Vertretern der beteiligten Berufe stark be-
suchten Versammlung wurde die Gründung des Verbandes vorge-
nommen, dem nunmehr die Arbeitgebervereinigungen folgender Ge-
werbe angehören: Bauarbeiter, Bildhauer und Stukkateure,
Dachbeder, Fuhrherren, Glaser, Folgerwerke, Klempner und In-
stallateure, Maler, Steinholzer, Steinmetzen, Stein-
seher, Tapezierer, Dekorateur, Köpfer und Ofenseher, Tischler.
Die Geschäftsführung ist dem Verbands der Bauarbeiter, Hohe
Straße 6a, übertragen.

Nun stehen die Leipziger Baugewerksvereine ihren Arbeitern ge-
schlossen gegenüber. Daß in der zustand gekommenen Vereinigung
die Steinmetzen nicht fehlen konnten, versteht sich von
selbst. — Diese Zentralisierungsbestrebungen werden nun auch wohl
in anderen Städten vorgenommen werden.

Wagenmangel. Die Pflastersteinindustrie hat zu klagen, daß
seitens der Eisenbahnen dem Wagenmangel immer noch nicht
abgeholfen wurde. In den letzten Monaten die Bestellungen nicht alle
abgeliefert werden, es fehlte an rollendem Material. Im Durchschnitt konnten etwa
20 Prozent der verlangten Steinmengen nicht abtransportiert wer-
den. — Die Steinbrucharbeiter haben unter diesem Mangel eben-
falls schwer zu leiden denn die laufende Produktion wird zusehends
eingeschränkt, weil die fertige Ware nicht abgeliefert werden kann.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 22. bis mit 28. Dezember 1912.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Bei-
trag, K. = Eintrittsmark, K. = Kranen- und Erwerbs-
losenmark, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).
Barockow, K. 1.—, Nordenham, B. 8.—, K. 0.40, Div. 0.10,
Wilhelmsb., B. 2.—, Wiesbaden, Ins. 2.—, Königshüll, K. 304.—,
M. 2.—, Spröckhövel, B. 100.—, Straßburg, 7 800.—, Ober-Wörlitz,
B. 120.—, E. 10.—, M. 0.80, Bad Köblitz, Ins. 2.80, Söhne, B. 5.40,
Div. 0.80, Alsey, B. 9.—, K. 1.—, Jever, B. 4.80, Kunkirchen,
B. 124.40, Frankfurt, B. 350.—, K. 20.—, Pemsbach, B. 241.02.

K. 5.—, M. 1.40, Leipzig, B. 750.—, K. 80.—, M. 80.—, Mit-
telba, B. 352.—, E. 6.—, K. 10.—, Wittenberg, B. 16.80, E. 0.50,
K. 1.45, Meissen II, 2. 280.—, E. 16.—, B. 177.—, Weichselburg,
B. 105.—, K. 30.—, Wolfshagen, B. 120.—, E. 5.—, K. 0.16, Arn-
stadt, B. 75.—, Leipzig, Ab. u. Ins. 818.06, Köhler (Bau- und
Sparverein), 800.—, Alstedt, B. 3.00, K. 1.—, Tauscha, B. 2.40,
Leipzig, K. 0.80, Wittenberge, B. 0.50, Geilshausen, K. 0.30, Fried-
berg, B. 2.—, K. 1.20, Ludwig Weiß, Kaffeeb.

Geldsendungen für die Hauptkassen sind nur an den Kassier-
er Ludwig Weiß, Leipzig, Reiter Straße 82, IV, zu
adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Post-
scheckmitt angegeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Beuche. Der Steinmetz Alfred Schimpke wird ersucht, mög-
lichst bald seine Adresse an Johann Appelt in Mühlhausen i. Th.,
Kilianstraße 6, zu senden.

Rupfedrich (Weiskalen). Der ehemalige Kassierer der Zahl-
stelle, Fritz Wölver, hat 54 M. für verkaufte Marken unter-
schlagen. Ebenfalls hat er 280 M., welche ihm zur Auszahlung
an Kollegen von seiner Firma geschickt worden waren, für sich ver-
braucht. Anzeige gegen Wölver ist erklattet. Alle Kollegen, welche
den Aufenthalt Wölvers kennen, werden ersucht, dem Vorsitzenden
der Zahlstelle Nachricht zu geben. Die Ortsverwaltung.

Meissen I. Hermann Reugebauer, wo kauft Du? Es ist
Dir dein Bruder Alfred, Meissen-Schella, Koroststraße 2.

Vant Beschluß der Münchner Generalversammlung werden
von jetzt ab die Versammlungs-Anzeigen im „Steinarbeiter“ gratis
ausgenommen. Die Anzeigen müssen uns längstens bis Montag
eingeliefert sein; wenn die Aufnahme erfolgen soll. Die Anzeigen,
welche auf einem separaten Zettel geschrieben sein müssen, sollen
kurz und bündig abgefaßt sein.

Adressen-Veränderungen.

Blombacherbad. Vorf.: August Massenz, Barmen-Mitter-
hausen, Röhrenstraße 30.
Hannover. Die Reiseunterstützung zahlt H. Droll, Am
Markt 15, I., aus und zwar wochentags von 8—7 Uhr abends und
Sonntags von 1—2 Uhr mittags; während der Arbeitszeit Kanal-
bau, Fuchsholzer Weg. — Der Fremdenverkehr würde ab 1. Januar
nach dem Gewerkschaftshaus verlegt.
Hornberg (Bad. Schwarzwaldb.). Vorf. u. Kass.: Alois R. rine,
Schloßstraße 87.
Kiel. Vorf.: Bernhard Käy, Mathmannstraße 5, III. Kass.:
Waldemar Jürgensen, Kopperpahl 55, I.
Königsbrunn. Kass.: Hermann Vosse, Oberlutter-Königsbrunn
bei Braunschweig, Breite Straße 1.
Paderborn (Eif.). Vorf.: Dindinger, Kass.: R. Kastenbeil,
Mühlhausen (Thüringen). Vorf.: Karl Reinboth, Langen-
salzaer Straße 70.
Schüren. Kass.: Wilhelm Bölle, Bahnhofstraße 40.
Tegernau, Amt Schöpsheim (Sachsen). Vorf.: Gottfried Kron-
schnebel.
Untergruppenbach bei Heilbronn a. Neckar (Württemberg). Vorf.:
Gottlieb Rapp, Untergruppenbach bei Heilbronn. Kass.: Emil
Paier, Donnbrunn bei Heilbronn.
Wolfshagen. Vorf.: Hermann Mittendorf, Jagdweg 78.
Wurzen. Vorf. u. Kass.: Reinhold Kern, Kaiser-Wilhelm-
Straße 18, II. — Die Reiseunterstützung wird in „Stadt
Meh“ ausbezahlt.

Briefkasten.

H. G. in R. Aufschlüsse werden nur veröffentlicht, wenn
dieselben vom Zentralverband sanktioniert sind. Bitte ins Statut
einschauen. — Naturfreunde in Dresden. Ja, der Schnee fehlt Euch.
Jetzt könnt Ihr ja im Ergebirge daruf herumlaufen. — Dr. Hat
das Material eine grobe Struktur, so kann daraus unmöglich
erklaßiges Pflastermaterial hergestellt werden. Je feiner das
Korn, desto leichter läßt sich der Arbeitsprozeß bewerkstelligen.
Aber es sei bemerkt, daß sich ganz feinkörnige Steine eher abschleifen,
als wenn mittelmäßige Körnung in Frage kommt. — A. Es kommt
§ 10 der Allgemeinen Unfallversicherungsverordnungen in Betracht.
— Dietsch. Die beiden Sachen könnt Ihr im nächsten Veramm-
lungsbericht kurz freisen. Besondere Anzeigen bringen wir dar-
über nicht.

Anzeigen

Zahlstelle Nürnberg.

Sonntag, den 12. Januar, nachm. 2 Uhr, im Historischen
Haus (Gewerkschaftshaus) in Nürnberg, Neu: Gasse 13

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht der Verwaltung; 2. Anträge;
3. Neuwahl der Gesamtverwaltung.

Anträge, welche sich nicht durch die Tagesordnung ergeben,
müssen unbedingt bei Beginn der Versammlung gestellt werden.

Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr
bei Wittmer in Laufamholz

Hauptversammlung der Sektion der Brecher.

Gauleiter Kohse wird anwesend sein.
Die Kollegen werden ersucht, in beiden Versammlungen zahl-
reich anwesend zu sein. Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter von Meissen II.

Montag, den 6. Januar (Hohes Neujahr)
nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zu Zadel

Generalversammlung.

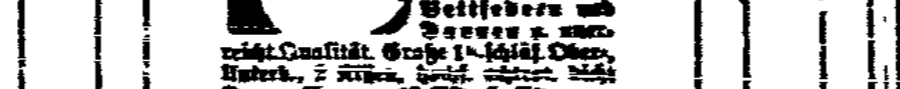
Tagesordnung: 1. Vortrag über die Reichsversicherung.
Referent: Sekretär Trieme aus Meissen. 2. Kassenbericht vom
4. Quartal. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Die Ortsverwaltung.



Axo-Patent-Werkzeuge

Meißel — Hämmer — Hobel
Lieferant sämtlicher anderer Werkzeuge.

Robert Schmidt Berlin NW.
Bismarck-Straße 21.



Neue billige Betten

Bestellern und
Besetzern
nicht Qualität, Größe, Material,
Matten, 2 Arten, 100 cm, 120 cm,
140 cm, 160 cm, 180 cm, 200 cm,
für im Haus nur 20% nach außen
für, extrafein 20%, 25%, 30%,
40%, 50%, 60%, 70%, 80%,
90%, 100%. Überholt u. neu
20% ist 5.— wehr. Glas, Metall,
es. Feld jährl. Bett u. jeder die
Bettmattl. Herr. Herr. Herr. 66

Steinbrecher, Steinbossierer, Klempflaster-Schläger

heißt ein
Franz Engelmann, Steinbruch Großsteinberg bei Grimma.

Tüchtiger Marmor Schleifer

für Hand- und Maschinenbetrieb sofort gesucht.
Hermann Radat, Steinmetzgeschäft, Frankfurt a. M. Ober.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingetragen werden.)
In Augsburg am 24. Dezember der Marmor Schleifer
Joseph Daigl, 55 Jahre alt, an Schlaganfall.
In Berlin am 10. Dezember der Sandsteinmetz Max
Krusche, 37 Jahre alt, nach jahrelanger Berufskrankheit an
Bauchfellentzündung und Erschöpfung.
In Buzlau am 20. Dezember der Sandsteinmetz Max
Böhm, 35 Jahre alt, an galoppierender Schindeldrüse.
In Dresden am 15. Dezember der Sandsteinmetz Emil
Gretzel, 43 Jahre alt, an Herzverweiterung. — Ebenfalls
am 29. Dezember der Sandsteinmetz Gustav Moritz Wörner,
39 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Heidelberg der Sandsteinmetz Philipp Hartmann,
40 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Herbolz am 17. Dezember der Sandsteinmetz Christoph
van Mehl, 43 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Koblentz a. L. der Bildhauer Konrad Kir-
chbörner, 38 Jahre alt, an einem Unfalltod.
In Plauen der Sandsteinmetz Franz Schiller, 40 Jahre
alt, an Alzhma.
In Pölla (Zahlstelle Pirna) der Sandsteinmetz Johann
Scholz, 30 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Pöhlitz (Zahlstelle Pirna) am 22. Dezember der
Sandsteinmetz Albin Krause, 42 Jahre alt, an Lungentuberk.
In Strödel am 22. Dezember der Steinbrecher Joseph
Koppitz, 42 Jahre alt, an Nephrosen.
In Würzen der Pflaster-Steinmetz Hermann Seyde aus
Zschorna, 51 Jahre alt, an einem Unfall.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: H. Staudinger, Leipzig
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Kitzinger-Gesellschaft.